



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

Institut für Soziologie
Politische Soziologie sozialer Ungleichheit



Warum Menschen nicht wählen gehen

**Eine empirische Studie zu den politischen Lebenswelten in
München**

Autoren:

Dr. habil. Tomas Marttila

Institut für Soziologie, LMU München

Telefon: 089 2180-3220

E-Mail: tomas.marttila@soziologie.uni-muenchen.de

MA Philipp Rhein

Institut für Soziologie, LMU München

Telefon: 089 2180-3220

E-Mail: philipp.rhein@soziologie.uni-muenchen.de



Landeshauptstadt München
Fachstelle für Demokratie

Die vorliegende Studie wurde mit freundlicher Unterstützung der Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München durchgeführt.

Die inhaltliche Verantwortung liegt ausschließlich beim Institut für Soziologie der LMU München.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Wahlbeteiligung in München - Ein Rückblick.....	6
3. Empirische Erhebung	13
3.1 Feldzugang	14
3.2 Qualitative Forschungsinterviews.....	15
3.3 Standardisierte Survey-Fragebögen.....	15
3.4 Auswertung der Daten	16
4. Politische Weltansichten von (Nicht-) Wähler*innen.....	19
4.1 Die Unzufriedenheit mit der Politik	20
4.2 Meinungsbildung über die Politik.....	23
4.3 Das Bild des politischen Systems	24
4.4 Das Bild von politischen Akteur*innen.....	26
4.5 Zusammenfassung: Politische Einstellungen und Weltansichten	28
5. Korrelationen zwischen politischer Weltansicht und sozialer Lage	29
6. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen	38
Literaturverzeichnis	41
Anhang: Analysekatoren und -kodes	44

1. Einleitung

Demokratien sind fragile Systeme. Ihre Stabilität hängt nicht nur von ihrer institutionellen Verfasstheit ab, sondern in erster Linie auch davon, ob und inwiefern ihr die reale Inklusion jenes *demos* gelingt, dessen politische Herrschaftsform sie garantieren soll. Das bedeutet, dass dauerhafte politische Enthaltung und politische Passivität demokratische Systeme destabilisieren. Politisch-demokratische Beteiligung setzt indessen ein politisches Interesse und das Verfügen über eine politische Meinung voraus. Parteien, Meinungsforschungsinstitute und die Medien versuchen daher häufig, ein Bild von den politischen Präferenzen im Elektorat zu gewinnen, um daraus Schlussfolgerungen über die potentielle Zustimmung zu konkreten politischen Positionen, Entscheidungen und Akteur*innen zu ziehen. Die zentrale Grundannahme politischer Meinungsforschung ist, dass Menschen eine Meinung über Politik haben, und dass sie dieser Meinung entsprechend auch handeln bzw. „wählen“ werden. Es wird oft für selbstverständlich gehalten, dass Menschen grundsätzlich politisch interessiert sind und dass sie daher eine natürliche Neigung dazu haben, sich politisch zu engagieren.

Der allgemeine Rückgang der Wahlbeteiligung seit 1990 in Deutschland zeigt jedoch, dass dieses Interesse und diese Neigung keineswegs natürlich sind. Die konventionellen Formen von politischer Partizipation in der Bevölkerung verlieren an Relevanz und Zustimmung. Seit mehr als 30 Jahren melden zudem etablierte politische Parteien einen teilweise besorgniserregenden Mitgliederschwund. Die CDU und die SPD haben seit 1990 etwa 50% ihrer Mitglieder verloren (Niedermayer 2017). Gleichzeitig ging die Wahlbeteiligung an Bundestagswahlen (-20%) und Kommunalwahlen (in München: -15%) in diesem Zeitraum stetig zurück. Auch wenn neue Formen politischer Partizipation auf den Plan getreten sind, so beschränken die Bürger*innen demokratischer Gesellschaften ihre politischen Aktivitäten hauptsächlich auf den regelmäßigen Gang zur Wahlurne und das Unterschreiben von Petitionen (vgl. van Deth 2009, S. 149). Die Legitimität und Akzeptanz von politischen Entscheidungen ruhen auf dem Grad an Repräsentation gesellschaftlicher Interessen und durch den Rückgang der Wahlbeteiligungen ist auch diese Form der Herbeiführung politischer Repräsentation gefährdet. Möglicherweise gilt, dass sich die Beteiligungsbereitschaft in den modernen Demokratien dauerhaft zurückentwickeln wird, womit wir die Diagnose eines postdemokratischen Zeitalters bestätigt sehen würden (Crouch 2008).

Die Zielsetzung der vorliegenden Studie ist zwar weniger global, indem sie aber mögliche Gründe für die sinkende Wahlbeteiligung an den Kommunalwahlen in München zu benennen versucht, gewährt sie gleichsam einen Einblick in die politischen Dynamiken unserer Zeit. Es ist indessen nicht das Anliegen der Studie, repräsentative Erkenntnisse für die Gesamtbevölkerung in München zu liefern. Mit einem experimentellen Forschungsdesign als Ausgangspunkt werden wir anhand von Gruppeninterviews mit Münchner*innen herauszufinden versuchen, warum das Interesse an Kommunalwahlen in jüngster Vergangenheit so rapide gesunken ist. Die

Thesen zur sinkenden Wahlbeteiligung, die wir aus unseren Forschungsergebnissen ableiten werden, beziehen sich auf eine begrenzte Anzahl von Münchner Wähler*innen und Nichtwähler*innen, können jedoch im Rahmen künftiger Studien weiter präzisiert und überprüft werden. Unsere Studie geht von der Annahme aus, dass Wahlenthaltung bestimmte politische Motivationslagen bzw. mangelnde Motivationen widerspiegelt, die keineswegs zufällig und selbsterklärend sind. Eine Vielzahl von soziologischen Studien weist darauf hin, dass Motivationen immer von soziostrukturellen Faktoren bedingt werden (z.B. Schäfer 2011, 2015). Auch frühere Studien über Wahlverhalten verdeutlichen, dass politische Partizipation begünstigende politische Motivationen eine bestimmte „politische Kompetenz“ voraussetzen, die wiederum vor allem von der „primären“ (Elternhaus) sowie der „sekundären“ (Bildungssystem) politischen Sozialisation beeinflusst werden. Ungleiche politische Partizipation ist daher immer auch das Ergebnis von sozialer Ungleichheit. In unserer Studie werden wir in einem zweistufigen Analyseverfahren zuerst die Motivationslagen von zwei Gruppen von „Wähler*innen“ und „Nichtwähler*innen“ erfassen und miteinander vergleichen, um dann in einem zweiten Schritt zu untersuchen, inwiefern und in welcher Hinsicht diese Motivationslagen in Bezug auf unterschiedliche soziostrukturelle Faktoren erklärt werden können.

Der wissenschaftlich nachgewiesene Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen und sozialen Lagen zeigt, dass die Ausbildung und die Verfügung über eine politische Meinung keineswegs selbstverständlich sind. *Zum einen* müssen, damit Wählangehen überhaupt als eine relevante Handlungsoption gilt, potentielle Wähler*innen den Gang zur Wahlurne mit einer positiven Bedeutung assoziieren. Eine solche die Partizipationsgeneigntheit bedingende Vorstellung von der Relevanz politischer Partizipation kann zum Beispiel als allgemeine „Wahlnorm“ (Münkler 1997) bezeichnet werden. *Zum anderen* setzt die Wahlentscheidung einen bestimmten Grad an „politischer Kompetenz“ voraus. Damit bezeichnen Campbell et al. (1954: 187) das allgemeine „feeling that political and social change is possible and that the individual citizen can play a part in bringing about this change“. *Zum dritten* benötigen Wähler*innen (glaubwürdig erscheinende) Informationen darüber, wer mit welchen politischen Angeboten, Machtoptionen und möglichen Konsequenzen zur Wahl steht. Vor diesem Hintergrund plausibilisiert sich, dass Wählangehen keineswegs selbstverständlich ist. Wählangehen muss vielmehr gewollt und gekonnt sein. Der Grad an politischer Partizipation variiert auch je nachdem, welche Art von Wahl ansteht (Schäfer 2015: 83). Dass in München, einer der reichsten und wohlhabendsten Städte Deutschlands, die Wahlbeteiligung an Kommunalwahlen inzwischen deutlich unter 50% gesunken ist, könnte als Symptom des zunehmenden Wohlstandes und der damit einhergehenden politischen Sättigung gesehen werden. Die „Sättigungsthese“ – die in der sozialwissenschaftlichen Wählerforschung inzwischen widerlegt wurde (Schäfer 2011) – postuliert, dass politisches Engagement gerade aufgrund einer zunehmenden Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation zurückgeht. Im Gegensatz dazu zeigen aktuelle Forschungsergebnisse, dass die zunehmende Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen in Verbindung mit der Wahrnehmung, dass sich die Politik wenig oder kaum für die Sorgen und Probleme der Bevölkerung interessiert, politische

Apathie und Passivität begünstigt. So zeigt auch Schäfer (2015: 95), dass „die ländervergleichenden Analysen darauf hin [weisen], dass zwischen sozialer Lage und Wahlbeteiligung ein enger Zusammenhang besteht“.

Indem die soziale Lage und Unzufriedenheit immer auch von unmittelbaren sozioräumlichen Faktoren beeinflusst werden, gilt es, die Wahlenthaltung der Nichtwähler*innen differenziert in Bezug auf ihren jeweiligen sozialen Kontext zu verstehen. Um die sinkende Beteiligung an den Kommunalwahlen in München erklären zu können, haben wir neben den Einstellungen *zur* Politik insgesamt die Vorstellungen, die sich Nichtwähler*innen *von* der Politik und konkreten politischen Geschehnissen in München machen, eruiert. Unsere Studie ist nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung in München. Wir hoffen dennoch einige Faktoren verorten zu können, die über den empirischen Geltungsbereich unserer Studie hinausweisen. Im *ersten* Abschnitt (2) werden wir anhand der Wahl- und Sozialstatistik aus München allgemeine Entwicklungstendenzen in der Wahlbeteiligung hervorheben und mithilfe eines Vergleichs von ausgewählten Stadtbezirken zeigen, wie die soziostrukturellen Merkmale der Stadtbezirke mit dem Grad der Beteiligung an Kommunalwahlen korrelieren. Der *zweite* Abschnitt (3) präsentiert die methodischen Grundlagen und Analysestrategien unserer Studie. Der *dritte* Abschnitt (4) fasst die Ergebnisse unserer qualitativen Gruppeninterviews zusammen und richtet dabei besondere Aufmerksamkeit auf die unterschiedlichen politischen Einstellungen und Weltansichten von Wähler*innen und Nichtwähler*innen. Der *vierte* (5) Abschnitt präsentiert die Ergebnisse einer multiplen Korrespondenzanalyse, in der wir untersucht haben, wie die anhand der qualitativen Daten rekonstruierten politischen Vorstellungen und Weltansichten von Wähler*innen und Nichtwähler*innen mit deren unterschiedlichen sozioökonomischen Lagen korrelieren. Der abschließende *sechste* Abschnitt (6) fasst die empirischen Ergebnisse unserer Studien zusammen, reflektiert diese mit Rückblick auf frühere Erkenntnisse aus soziologischer Forschung über politische Partizipation und schließt mit allgemeinen Empfehlungen für politische Handlungsstrategien ab.

2. Wahlbeteiligung in München - Ein Rückblick

Den Ausgangspunkt für unsere Studie bildete die Erkenntnis, dass die Wahlbeteiligung bei den kommunalen Wahlen in München im Jahr 2014 in einigen Stadtbezirken auffällig niedrig ausfiel. Die hierzu verfügbaren Daten des Statistischen Amtes München schlüsseln die zeitgleich stattfindenden Oberbürgermeister-, Stadtrats- und Bezirksausschusswahlen nach Stadtbezirken auf, woraus sich erkennbare ungleiche Wahlbeteiligungen in den einzelnen Bezirken ergeben. Milbertshofen-Am Hart etwa wies mit 31,7% die niedrigste durchschnittliche Wahlbeteiligung aller Stadtbezirke auf. Dort ging im Wahljahr 2014 folglich weniger als jede dritte Person zur Wahl. Auch im Stadtbezirk Feldmoching-Hasenberg, der die zweitniedrigste durchschnittliche Wahlbeteiligung aufweist, wählte mit 36,1% nur ein Drittel der Wahlberechtigten.

Ähnliches war für die Bezirke Berg am Laim, Ramersdorf-Perlach und Schwanthalerhöhe zu beobachten. Mit jeweils unter 40% durchschnittlicher Wahlbeteiligung lagen all diese Bezirke unter dem Gesamtdurchschnitt in München.

Ergänzt man diese Einzelbeobachtung um den Zeitverlauf, dann bildet sich ein eindeutiger Trend ab. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung auf der Kommunalebene in München konnte anhand der Zahlen des Statistischen Amtes für den Zeitraum zwischen den Jahren 1990 und 2014 rekonstruiert werden. Der Abstand zwischen der niedrigsten Wahlbeteiligung im Jahr 1990 (59,4%) und der höchsten (70,9%) lag für ganz München bei **11,5%**. Im Wahljahr 2014 stieg diese Differenz um 7,3%-Punkte auf **18,8%**. Das entspricht einem **Anstieg um 63,5%**.

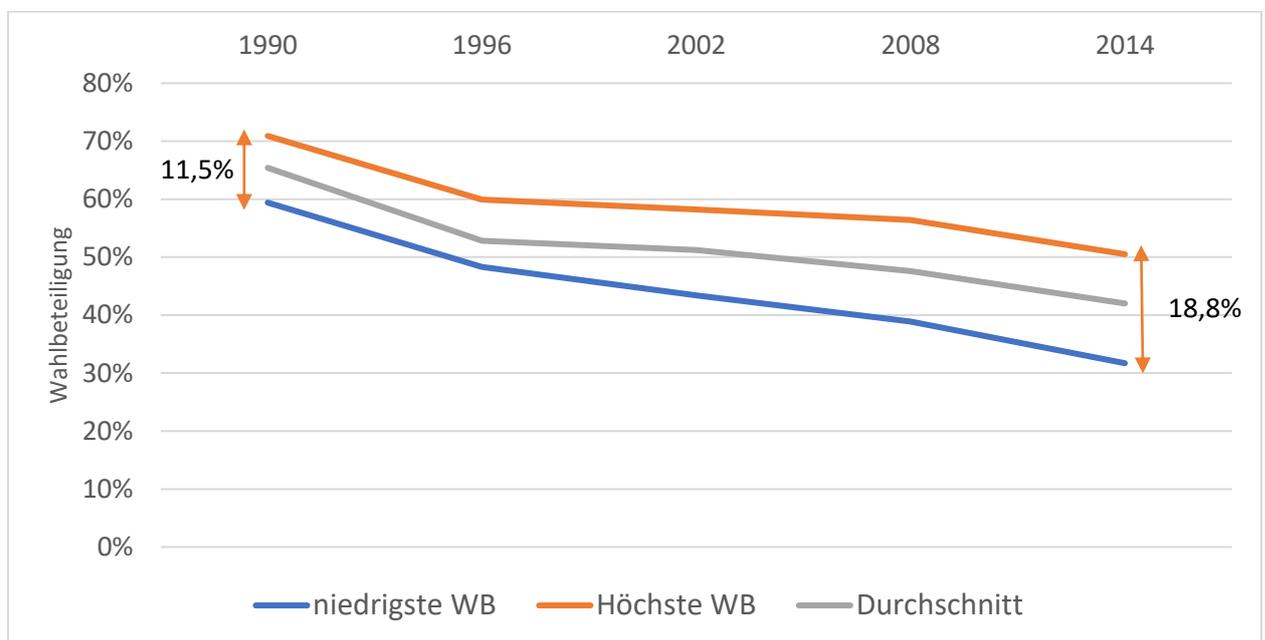


Diagramm 1: Wahlbeteiligung in Kommunalwahlen (München)

Schlüsselt man diese Entwicklung nochmals nach Stadtbezirken auf, dann ergibt sich ein differenzierteres Bild, das die lokal unterschiedlichen Entwicklungen erkennbar macht. Anhand ausgewählter, d.h. statistisch auffälliger Fälle wie der Stadtbezirke Milbertshofen-Am Hart und Ramersdorf-Perlach am unteren Ende der durchschnittlichen Wahlbeteiligung und Allach-Untermenzing am oberen Ende lässt sich zeigen, dass hier zwar in allen Stadtbezirken seit 1990 die Wahlbeteiligung zurückgeht – während aber die Wahlbeteiligung in Allach-Untermenzing im angegebenen Zeitraum um 20,4% sinkt, weisen Milbertshofen und Ramersdorf eine Fallrate von 30% und 30,5% auf. Der Abstand zwischen der niedrigsten Wahlbeteiligung im Jahr 1990 (61,5% in der Maxvorstadt bzw. 61,7% in Feldmoching) und der höchsten (70,9% in Allach-Untermenzing) lag bei **9,4%**. Im Wahljahr 2014 hat sich diese Differenz auf **18,8% verdoppelt**.

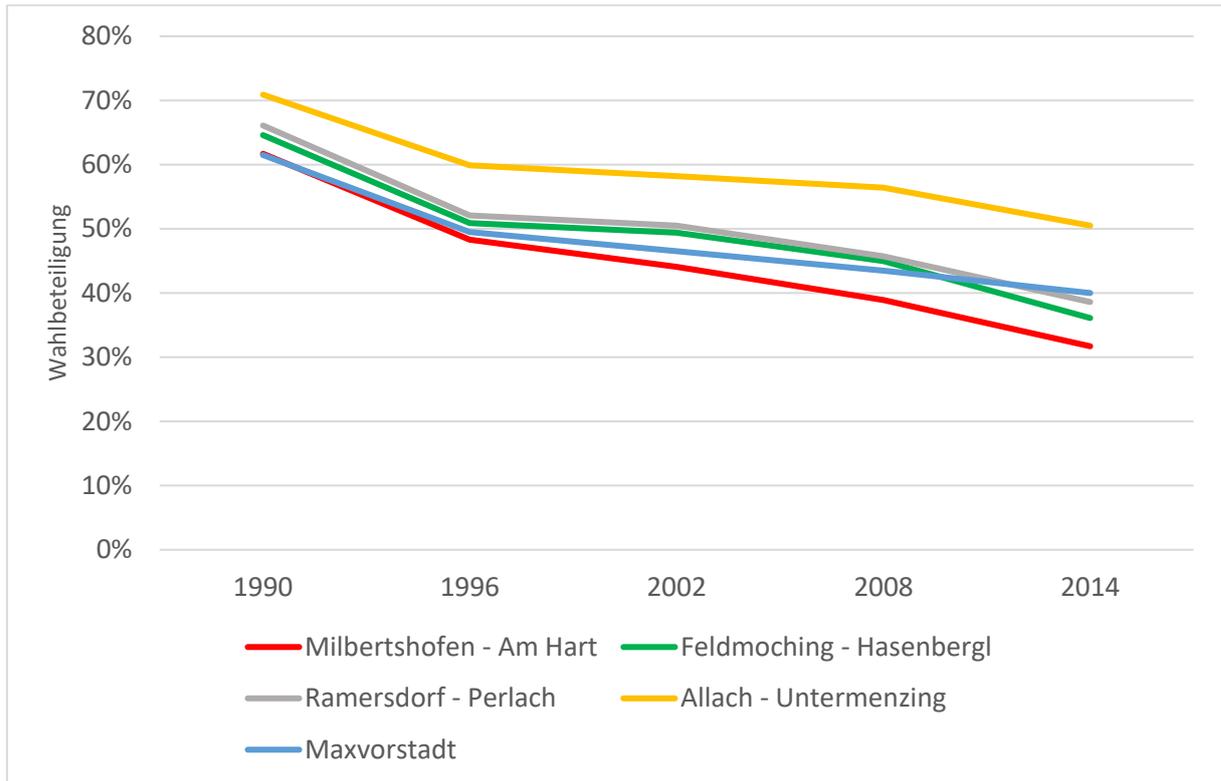


Diagramm 2: Wahlbeteiligung in Kommunalwahlen München (in fünf Bezirken)

Betrachtet man die Wahlbeteiligung in den angegebenen Stadtbezirken nochmal genauer, dann zeigt sich, dass die Anzahl der Nichtwählenden in Milbertshofen-Am Hart im Zeitraum 1990 bis 2014 um knapp die Hälfte gestiegen ist. In Allach-Untermenzing hingegen ist im selben Zeitraum die Anzahl der Nichtwählenden um weniger als ein Drittel gestiegen.

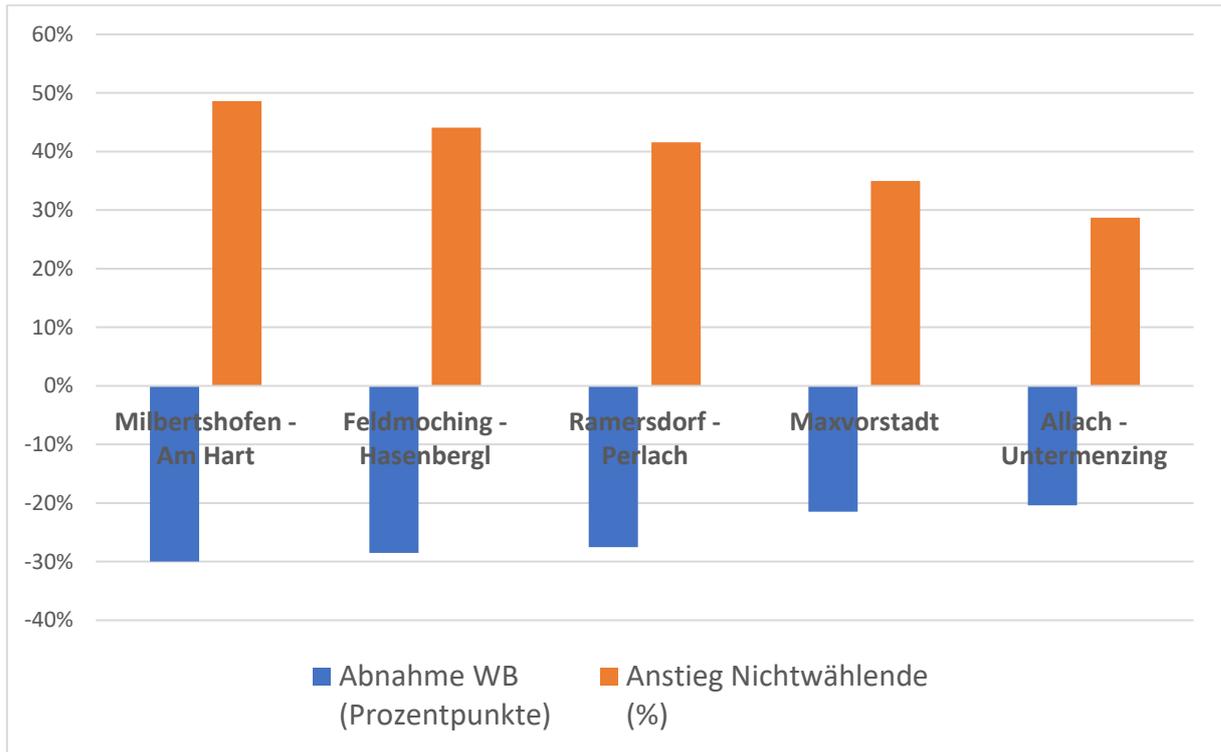


Diagramm 3: Zunahme an Wahlenthaltungen in Kommunalwahlen in München (in fünf Bezirken)

Durch das Heranziehen weiterer soziostruktureller Daten konnte festgestellt werden, dass die drei erstgenannten Stadtbezirke auch überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenzahlen und Leistungsempfänger*innenzahlen verzeichnen. Ergänzt man das lokale Nichtwahlverhalten mit einem soziostrukturellen Indikator – hier Arbeitslosendichte¹ – dann ergibt sich daraus im Zeitverlauf – für die Wahljahre 2002, 2008 und 2014 – folgendes Bild:

¹ Arbeitslosendichte bezeichnet den prozentualen Anteil der Arbeitslosen an den Einwohner*innen mit Haupt- oder Nebenwohnsitz im betreffenden Stadtteil im Alter von 15 bis 65 Jahren.

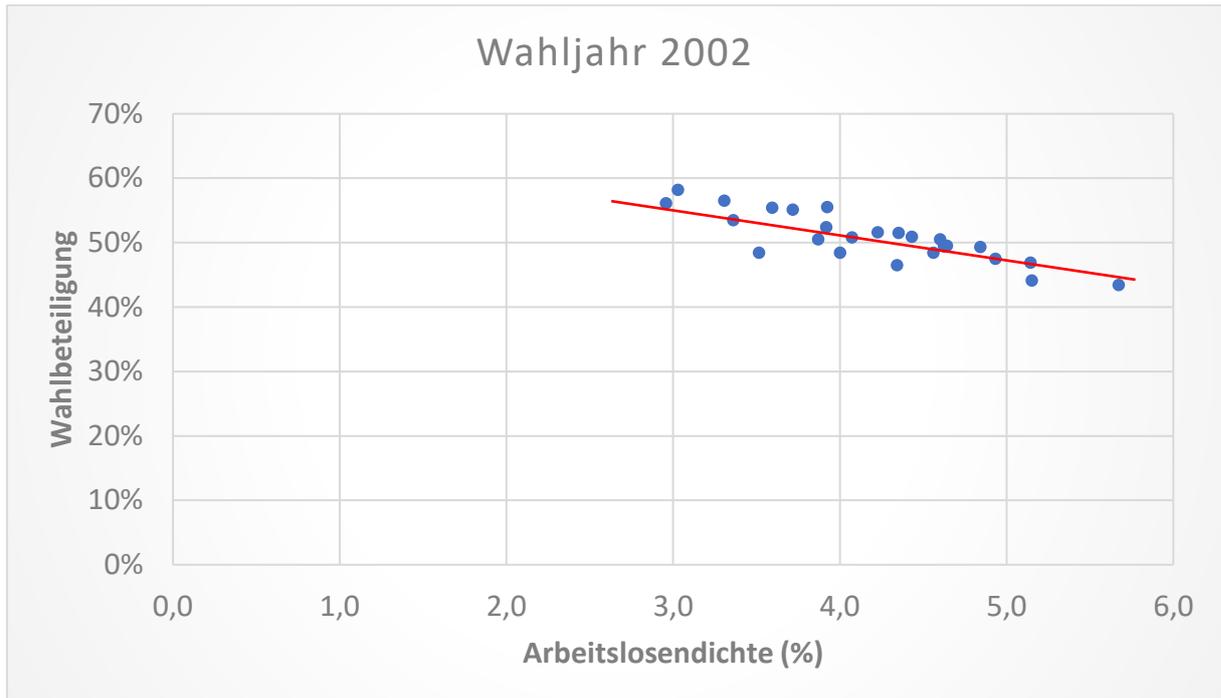
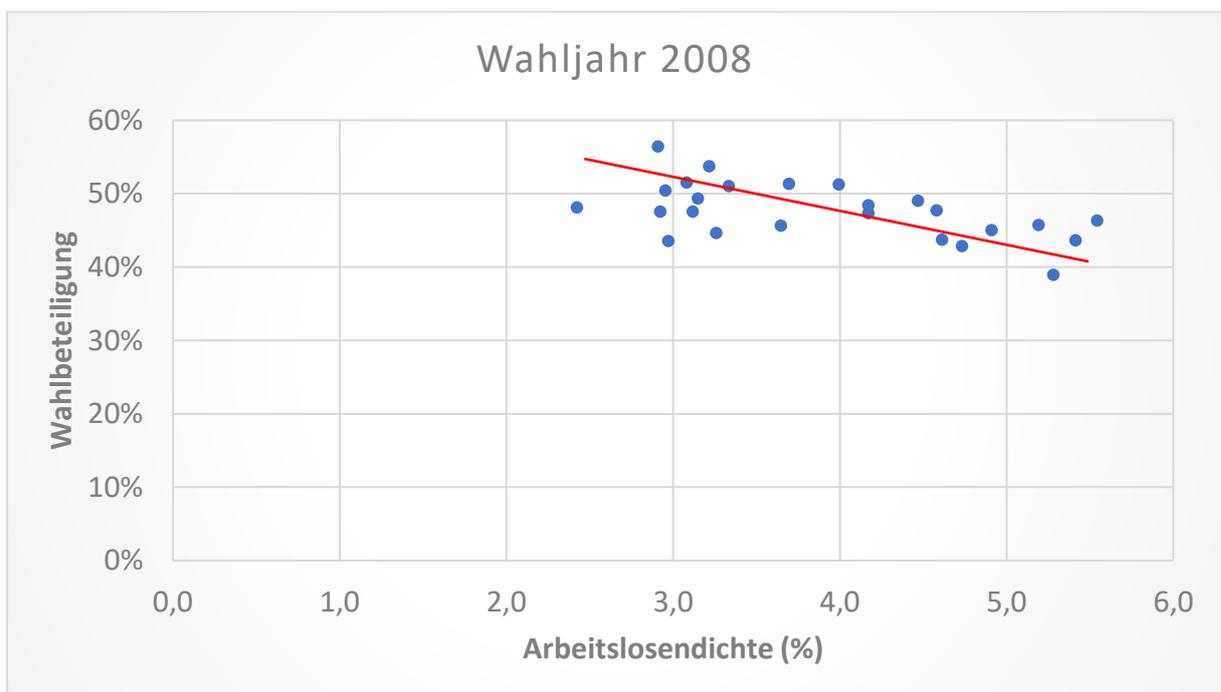


Diagramm 4 & 5: Zusammenhang Wahlbeteiligung und Arbeitslosendichte (Jahr 2002 & 2008)



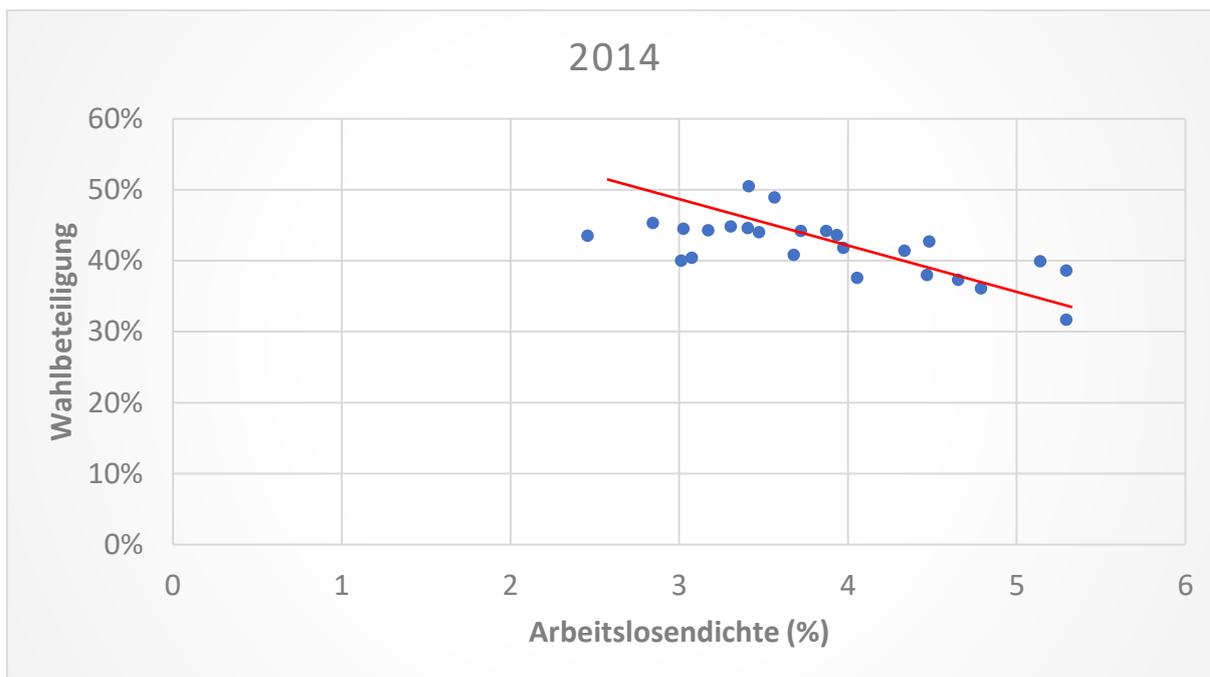


Diagramm 6: Zusammenhang Wahlbeteiligung und Arbeitslosendichte (Jahr 2014)

Auf der x-Achse ist die Arbeitslosendichte in Prozent angegeben und auf der y-Achse ist die kommunale Wahlbeteiligung in den einzelnen Stadtbezirken abgetragen. Die Punkte markieren die insgesamt 25 Stadtbezirke. Es zeigt sich zum einen, dass in den Bezirken mit steigender Arbeitslosendichte die Wahlbeteiligung insgesamt sinkt. Zum anderen nimmt die Streuung der Bezirke seit 2002 zu. Gleichzeitig wird der Neigungswinkel, markiert durch die rote Linie, zwischen den Bezirken mit niedriger Arbeitslosendichte und hoher Wahlbeteiligung und jenen mit hoher Arbeitslosendichte und niedriger Wahlbeteiligung insgesamt steiler. Beide Beobachtungen – die Streuung und der Neigungswinkel – können als Indikator dafür gelesen werden, dass die politische Ungleichheit zwischen den Stadtbezirken insgesamt zunimmt. Spätestens für das Wahljahr 2014 ist zu beobachten, dass mit steigender Arbeitslosenquote die Wahlbeteiligung sinkt. Es ist dabei zu beachten, dass 2002 und 2008 nahezu alle Stadtbezirke eine Wahlbeteiligung über 40% aufweisen. Diese Werte sinken 2014 erstmals deutlich unter die 40%. Darüber hinaus verdeutlicht sich im Zeitverlauf, dass bei etwas über 4% Arbeitslosenquote die Wahlbeteiligung erkennbar sinkt. Diese Grenze zeigt sich noch deutlicher, wenn man die Zahlen der Leistungsempfänger*innen nach Sozialgesetzbuch II berücksichtigt:

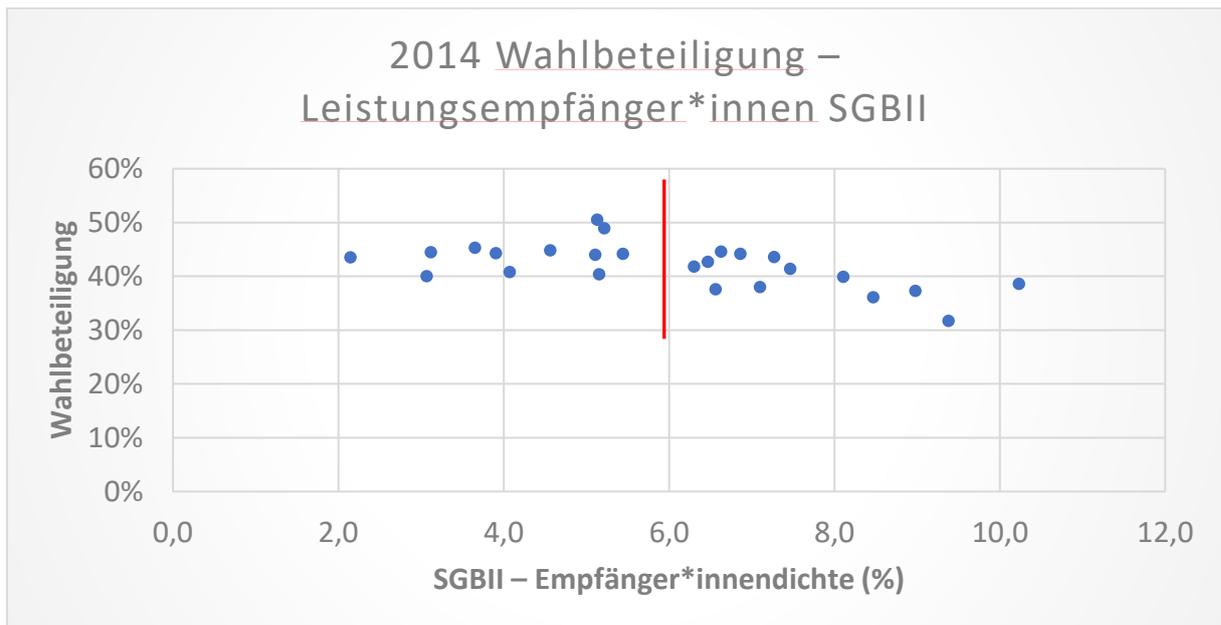


Diagramm 7: Zusammenhang Wahlbeteiligung und SGBII-Empfänger*innendichte (Jahr 2014)

Bei einem Anteil von mehr als 6% Leistungsempfänger*innen sinkt die Wahlbeteiligung erkennbar. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Wahlverhalten in den Stadtbezirken in einem engen Zusammenhang mit sozialstrukturellen Merkmalen steht.

Um herauszufinden, welche subjektiven Einstellungen zu und Vorstellungen von Politik sich hinter dem statistisch erfassten Rückgang in der Wahlbeteiligung verbergen, haben wir im Rahmen dieser Studie qualitative Interviews mit sowohl Wähler*innen als auch Nichtwähler*innen in der Landeshauptstadt München durchgeführt. Die einzelnen Fragestellungen, zu denen wir in den Interviews Antworten gesucht haben, waren:

-
- (1) Warum wählen Menschen auf kommunaler Ebene weniger und warum nehmen dort die Wahlenthaltungen so stark zu?
 - (2) Inwiefern hängen die zunehmenden Wahlenthaltungen davon ab, welche Vorstellungen Menschen von Politik haben?
 - (3) Welche Repräsentations- und Anerkennungsbedürfnisse sind charakteristisch für Nichtwähler*innen und inwiefern und in welcher Hinsicht unterscheiden sich diese Bedürfnisse von denjenigen der Wähler*innen?
 - (4) Welche sozio-demografischen (Geschlecht, Alter, Nationalität) und sozioökonomischen Merkmale korrelieren mit den Einstellungen zur Politik unter den Nichtwähler*innen und Wähler*innen?
-

3. Empirische Erhebung

Das Ziel der vorliegenden Studie war es, mögliche Gründe für die mangelnde politische Partizipation und Partizipationsbereitschaft unter den Nichtwähler*innen in München herauszufinden. Als Ergänzung zu den zum Teil bereits durchgeführten quantitativen empirischen Studien über gesellschaftliche und politische Einstellungen in München (Fröhlich et al. 2016) wurden in dieser Studie qualitative Interviews durchgeführt und Erkenntnisse mittels methodisch geleiteter Auswertungsverfahren gewonnen (Bohnsack 2010). Quantitative Studien sind in der Lage, eine hohe Fallzahl (N) zu erfassen und durch den Einsatz von standardisierten Analysemethoden allgemeine, statistisch validierte Gesetzmäßigkeiten und Kausalitäten zwischen erklärenden (X) und erklärten (Y) Variablen herauszuarbeiten. Quantitative Studien operieren mit der Annahme, wissenschaftlich objektiv zu sein. Subjektive Einstellungen, Interessen und Präferenzen der befragten Personen werden dabei nur unter der Maßgabe skalierbarer und numerischer Datengewinnung berücksichtigt. Im Gegensatz dazu versuchen qualitative Studiendesigns die interaktiv erhobenen Daten interpretativ aufzuschlüsseln und rekonstruktiv auszuwerten, um somit gerade die subjektiven Weltansichten und Lebenswelten der Befragten herauszuarbeiten. Während quantitative Designs also die Beziehungen zwischen verschiedenen Typen von Einstellungen und anderen Typen von subjektiven Merkmalen statistischen Methoden überlassen, versucht die qualitative Forschung subjektive Einstellungen anhand eines interpretativen Zuganges zu den erhobenen Daten zu identifizieren und zu verstehen. Vor diesem Hintergrund sollen mögliche Erklärungen für soziales Handeln gefunden werden. Quantitative Studien können zwar persönliche Einstellungen und Interessen anhand von standardisierten Forschungsfragebögen erfassen, sie interessieren sich aber gerade wegen ihres objektivierenden wissenschaftlichen Ansatzes nicht für die Einstellungen und den Sinn des sozialen Handelns der befragten Subjekte. Qualitative Forschung fragt somit nach möglichen Erklärungen für diese Einstellungen und danach, ob und inwiefern andere Einstellungen überhaupt möglich und denkbar wären. Dabei spielen das Einfühlungsvermögen und die intersubjektiven Verständigungsprozesse zwischen den befragenden und den befragten Personen eine zentrale Rolle für die empirische Analyse.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an empirisch-soziologischen Forschungen zum Wahlverhalten und zu politischen Einstellungen hängt wesentlich von gesellschaftlichen Normen und Tabus ab. Die gesellschaftliche Erwünschtheit von bestimmten Verhaltensweisen erschwert oder verunmöglicht den Zugang zu Personen, die sich freiwillig als nichtwählend oder politisch desinteressiert beschreiben würden (Schäfer et al. 2013). Daher sind Nichtwähler*innen in bisherigen quantitativen Befragungen oft unterrepräsentiert und ihre eigentlichen politischen Einstellungen sind dabei unbeleuchtet geblieben. Vor dem Hintergrund dieses Forschungsdesiderates, das wiederholt thematisiert worden ist (Bödeker 2012, S. 45–46), soll das Ziel der vorliegenden Studie sein, die Einstellungen von Nichtwähler*innen im Rahmen von qualitativen Forschungsinterviews zu rekonstruieren. Im Gegensatz zu standardisierten und oft unpersönlichen und anonymen Befragungen von politischen Einstellungen bieten qualitative Interviews einen kommunikativen Interaktionsraum, in dem auch

gesellschaftlich negativ bewertete und unerwünschte Einstellungen und Meinungen geäußert werden können (Bohnsack 2010). Dadurch, dass Nichtwähler*innen in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit unter Rechtfertigungszwang stehen und geradezu stigmatisiert werden, haben sie oft ein relativ geringes Interesse an der Teilnahme an standardisierten Befragungen von politischen Einstellungen. Qualitative Forschungsinterviews und die ihnen zugrundeliegenden intersubjektiven Interaktionen zwischen den befragenden und befragten Personen bilden einen kommunikativen Kontext, in dem die Befragten die Bereitschaft entwickeln, auch die gesellschaftlich für problematisch gehaltenen Einstellungen preiszugeben.

3.1 Feldzugang

Da zu Beginn die Beobachtung stand, dass die Teilnahme an den Kommunalwahlen in München im Jahr 2014 in den vier Stadtbezirken Milbertshofen-Am Hart (31,7% Wahlbeteiligung), Feldmoching-Hasenberg (36,1%), Schwanthalerhöhe (38,0%), Ramersdorf-Perlach (38,6%) auffällig niedrig ausfiel, war der Fokus der Studie zunächst auf diese Stadtbezirke und auf die politischen Einstellungen der Nichtwähler*innen in diesen Bezirken gerichtet.

Die erste Kontaktaufnahme mit den Nichtwähler*innen fand durch die Verteilung von Flyern statt, in denen explizit nicht nur Nichtwähler*innen, sondern allgemein interessierte Bürger*innen zu einem Interviewtermin eingeladen wurden. Es wurden insgesamt etwa 3000 Flyer in den vier Stadtbezirken verteilt. Für jeden Stadtbezirk waren mehrere mögliche Interviewtermine festgelegt, um möglichst vielen Bürger*innen die Teilnahme an den Interviews zu ermöglichen. Gleichzeitig wurden dieselben Einladungen in mehreren institutionellen Einrichtungen (Sozialbürgerhäuser, Arbeitsämter, Kindertagesstätten o.ä.) als Aushang platziert. Außerdem wurde in einem lokalen Wochenblatt inseriert. Im weiteren Verlauf wurden direkte persönliche Kontakte mit mehreren Bildungs- und Sozialeinrichtungen etabliert, in denen vor allem arbeitslose und sozial benachteiligte Personen anzutreffen waren, die nach Stand der bisherigen Forschungsergebnisse innerhalb der Gruppe von Nichtwähler*innen überproportional repräsentiert sind.

Da mittels der Verteilung der Flyer hauptsächlich politisch interessierte Bürger*innen, nicht aber Nichtwähler*innen erreicht werden konnten, wurde das empirische sample auf Personen ausgeweitet, die indirekt durch ihre Verknüpfungen zu institutionellen Einrichtungen erreicht werden konnten. Zu diesen gehörten unter anderem kirchliche Einrichtungen für Arbeitslose und Arbeitssuchende, Bildungsstätten für Migrant*innen und Berufsbildungsinstitutionen für junge Arbeitslose. Von den etwa 60 Personen, mit denen Kontakt aufgenommen werden konnte, wurden insgesamt 38 Personen zu den Forschungsinterviews eingeladen, die zwischen Januar und Mai 2017 an verschiedenen Orten in München durchgeführt wurden.

3.2 Qualitative Forschungsinterviews

Dem Einsatz von qualitativen Forschungsinterviews liegen mehrere Annahmen zugrunde, die ihren Einsatz gegenüber standardisierten Befragungen durch Survey-Fragebögen rechtfertigen. Gruppeninterviews sind dann sinnvoll, wenn angenommen werden kann, dass alle beteiligten Personen etwas Gemeinsames erlebt haben, worüber sie gemeinsam berichten und sich miteinander austauschen können (Przyborski & Wohlrab-Sahr 2014: 134). Daher ist das Ziel des Gruppeninterviews, „die Reaktionen auf und Interpretationen von einem von allen erlebten sozialen Phänomen [...] auszuloten“ (Rosenthal 2015: 157). Politische Partizipation und die persönlichen Einstellungen zur politischen Teilnahme in der Gesellschaft stellen das gemeinsame soziale Phänomen dar, über das sich die befragten Personen in den Forschungsinterviews austauschen sollten. Im Gegensatz zu den Einzelinterviews, die auf einer direkten Interaktion zwischen den befragenden Personen und den Befragten beruhen, ermöglicht die Vielschichtigkeit der Kommunikationen und kommunikationsbezogenen Rollen (als Redner*in, Zuhörer*in, Kommentator*in, Fragesteller*in) im Gruppeninterview, dass die interviewten Personen bereits vergessene und verdrängte Einstellungen zur Politik im Gedächtnis aufrufen können, die in den Einzelinterviews nicht zugänglich gewesen wären (Przyborski & Wohlrab-Sahr 2014: 134). Daher – so die gängige Meinung in der Forschung – können Gruppeninterviews „unbewusste Meinungen der Teilnehmenden zutage“ fördern (Schirmer 2009: 285). Ein Vorteil von Gruppeninterviews gegenüber Einzelinterviews ist außerdem, dass die befragten Personen in ihren gegenseitigen Interaktionen über ihre dissonanten und konsonanten Erfahrungsräume und Einstellungen reflektieren und diese versprachlichen können. Daher sind Gruppeninterviews eine adäquate Methode, um unter den Befragten unterschiedliche soziale Milieus und Lebenswelten zu beobachten (Bohnsack 2010: 115). Um die methodischen Vorteile mit den Gruppeninterviews in Gänze ausschöpfen zu können, wurden – so weit wie möglich – Gruppeninterviews mit mindestens 4-5 Personen durchgeführt.

Die Gruppeninterviews wurden an politisch neutralen Orten durchgeführt. Als Erhebungsorte dienten institutionelle Einrichtungen, mit denen die Personen bereits in ihrem Alltagsleben in Kontakt standen (z.B. Bildungsstätten) und öffentlich zugängliche Institutionen in unmittelbarer räumlicher Nähe zu den befragten Personen (z.B. BildungsLokale). Wichtig für die Interviews war es, zu vermeiden, dass die interviewten Personen die Interviewenden als Vertreter*innen möglicher Interessen dieser Institutionen betrachteten (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2014: 64f.).

3.3 Standardisierte Survey-Fragebögen

Zusätzlich zu den qualitativen Forschungsinterviews wurden auch standardisierte Survey-Fragebögen eingesetzt, um außer den subjektiven politischen Einstellungen und Weltansichten von Politik die soziodemografischen, sozioökonomischen und kulturellen Merkmale der interviewten Personen zu erfassen. Die standardisierten Survey-

Fragebögen erfassten insgesamt die 11 Items Geschlecht, Alter, nationale und kulturelle Zugehörigkeit, Bildungsstatus, Erwerbsstellung und -status, wirtschaftliche Lage, Wohnsituation, gesellschaftliches Engagement und religiöse Zugehörigkeit. Die standardisierten Survey-Fragebögen wurden eingesetzt, um mögliche Verbindungen zwischen der sozialen Lage der jeweiligen Person und ihren politischen Einstellungen und Weltansichten herausarbeiten zu können. Durch die Gruppierung der Einzelpersonen in zwei Gruppen von Wähler*innen (N=19) und Nichtwähler*innen (N=19) wurde es außerdem möglich, nach gruppenbezogenen kollektiven Soziallagen und politischen Einstellungen zu suchen.

3.4 Auswertung der Daten

Die interviewten Gruppen umfassten insgesamt 38 Personen. Sie unterscheiden sich hinsichtlich der Merkmale Alter (18 < > 67 Jahre), kultureller Hintergrund (geborene Deutsche <> Geflüchtete), Beschäftigungsstatus (Arbeitslos <> Beschäftigt), Bildungsabschluss (kein Bildungsabschluss <> Hochschulausbildung), religiöse Zugehörigkeit (atheistisch, katholisch, muslimisch, christlich orthodox etc.), Wohnsituation (obdachlos <> Hauseigentümer*innen) und einigen zusätzlichen Merkmalen. Die interviewten Personen repräsentieren verschiedene soziale Lagen, Arbeitsmarktsegmente sowie Konfessionen und spiegeln dementsprechend die soziale, kulturelle und religiöse Pluralität der Landeshauptstadt München wider.

Die interviewten Personen wurden im Rahmen von Gruppeninterviews mit einer Gruppengröße von 2 bis 10 Personen zu ihren politischen Einstellungen, Präferenzen und Vorstellungen befragt. Zudem wurden sie mittels der erwähnten standardisierten Interviewfragebögen zu ihrem kulturellen Hintergrund, Alter, Bildungsabschluss, Erwerbstätigkeit, Beschäftigungsstatus, Einkommen, Familienstatus, zu ihrer Wohnsituation und zu zivilgesellschaftlicher Partizipation befragt. Es wurden insgesamt 18 Analysekategorien gewählt, anhand derer die Merkmale sowohl von Wähler*innen als auch von Nichtwähler*innen erfasst werden konnten (vgl. Anhang: 44-45). Zu jeder Analysekategorie wurden zudem Ausprägungen gewählt, um sowohl Unterschiede als auch Ähnlichkeiten zwischen den Wähler*innen und Nichtwähler*innen feststellen zu können. Die folgende Tabelle 1 zeigt die in der Studie verwendeten Analysekategorien. Die Analysekategorien wurden eingesetzt, um verschiedene Teilaspekte der Einstellungen von Nichtwähler*innen empirisch operationalisieren und beobachten zu können. Die Analysekategorien 1-3 erfassen die soziodemografischen Merkmale, 4-12 die sozioökonomische Lage der jeweiligen Person, die Kategorien 13-14 die politische Partizipation und die Kategorien 15-18 die Einstellungen zu und Vorstellungen von Politik. Diese Analysekategorien mit ihren jeweiligen empirisch beobachteten und mit einzelnen Individuen verbundenen Ausprägungen wurden eingesetzt, um zum einen herauszufinden, inwiefern und in welcher Hinsicht Nichtwähler*innen bestimmte Merkmale gemeinsam haben und inwiefern diese Merkmalskombinationen die Nichtwähler*innen als soziale Gruppe von den Wähler*innen unterscheiden. Sowohl die gruppenspezifischen Merkmalskombinationen als auch ihre Unterschiede zu den

Merkmale von Wähler*innen bieten mögliche Erklärungen für das Absehen von politischer Partizipation.

Analysekategorien		
Analysekategorien	Merkmalstypen	Ausprägungen
1. Geschlecht	<i>Soziodemografisch</i>	MANN / FRAU
2. Alter	<i>Soziodemografisch</i>	7 Merkmale: 16-20/21-30/31-40 (...)
3. Kultureller Hintergrund	<i>Soziodemografisch</i>	DEUTSCH / NICHTDEUTSCH
4. Erster Bildungsabschluss	<i>Sozioökonomisch</i>	5 Merkmale
5. Höchster Bildungsabschluss	<i>Sozioökonomisch</i>	7 Merkmale
6. Beschäftigungsstatus	<i>Sozioökonomisch</i>	4 Merkmale
7. Erwerbsstellung	<i>Sozioökonomisch</i>	6 Merkmale
8. Nettoeinkommen	<i>Sozioökonomisch</i>	7 Merkmale: 0-499/500-999 (...)
9. Disponibles Einkommen	<i>Sozioökonomisch</i>	7 Merkmale: 0-499/500-999 (...)
10. Wohnsituation	<i>Sozioökonomisch</i>	5 Merkmale
11. Gesellschaftliches Engagement	<i>Sozioökonomisch</i>	6 Merkmale
12. Religiöse Zugehörigkeit	<i>Soziodemografisch</i>	5 Merkmale
13. Einstellung zur politischen Partizipation [<i>ELECT</i>]	<i>Politische Partizipation</i>	JA / NEIN
14. Teilnahme an Kommunalwahlen 2014 [<i>KW14</i>]	<i>Politische Partizipation</i>	JA / NEIN
15. Grund politischer Frustration	<i>Politische Einstellungen</i>	6 Merkmale
16. Grundlage politischer Meinungsbildung	<i>Politische Einstellungen</i>	6 Merkmale
17. Bild des politischen Systems	<i>Politische Einstellungen</i>	4 Merkmale
18. Bild von den politischen Akteur*innen	<i>Politische Einstellungen</i>	5 Merkmale

Tabelle 1: Analysekategorien

Die zentralen Analysekategorien für die Erfassung von Nichtwähler*innen waren die Teilnahme an den Kommunalwahlen 2014 (*Nr. 14: KW14*) sowie die Einstellungen zur möglichen Partizipation an zukünftigen Wahlen (*Nr. 13: ELECT*). Die Einstellungen und Merkmale der interviewten Personen wurden je nach ihrer Antwort zu den

entsprechenden Fragen mit entweder JA oder NEIN kodiert. Anhand der Kodierungen konnten die 38 Interviewten zu jeweils einer der zwei Gruppen der Wähler*innen oder der Nichtwähler*innen zugeordnet werden. Diejenigen wurden als Nichtwähler*innen definiert, die in beiden Analyse kategorien *KW14* und *ELECT* mit „nein“ kodiert wurden. Nichtwähler*innen haben demnach weder an den Kommunalwahlen im Jahr 2014 teilgenommen, noch können sie sich vorstellen, an künftigen politischen Wahlen zum Bundestag, Landtag oder Stadtrat (Kommunalwahlen) teilzunehmen. Die Gruppe der Nichtwähler*innen umfasste insgesamt 19 von 38 Personen. Weitere 5 Personen wurden als ehemalige Nichtwähler*innen kodiert, da sie an den Kommunalwahlen im Jahr 2014 zwar nicht teilgenommen hatten, sich aus heutiger Sicht betrachtet jedoch eine zukünftige Teilnahme an Wahlen durchaus vorstellen konnten. Insgesamt 14 Personen wurden als überzeugte Wähler*innen kodiert, da sie sowohl an den Kommunalwahlen 2014 teilgenommen hatten und eine positive Einstellung zu künftiger Partizipation an Wahlen aufwiesen.

4. Politische Weltsichten von (Nicht-) Wähler*innen

Unsere empirische Analyse hatte zwei Stoßrichtungen. Zum einen sollten die politischen Einstellungen und die politische Weltsicht der Nichtwähler*innen im Vergleich zu der Gruppe der Wähler*innen rekonstruiert werden. Zum anderen sollten die inhaltlichen Ausprägungen der Einstellungen und Weltsichten von Nichtwähler*innen und Wähler*innen in Bezug auf ihre soziostrukturellen Positionen verglichen werden, um damit mögliche soziostrukturelle Erklärungen ihrer unterschiedlichen Vorstellungen von der Bedeutung politischer Partizipation herausfinden zu können. Nachdem die empirischen Befunde wegen der relativ geringen Anzahl von untersuchten Personen keineswegs als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung in München gelten können, wurden die empirischen Ergebnisse zudem mit den bisherigen Befunden aus der soziologischen Forschung über politische Partizipation reflektiert. Diese wissenschaftliche Kontextualisierung ermöglichte es, die Gruppen von untersuchten Personen in München allgemeinen gesellschaftlichen soziostrukturellen Entwicklungen zuzuordnen.

Die politischen Einstellungen und Weltsichten von Nichtwähler*innen wurden anhand von vier aus der bisherigen Partizipationsforschung abgeleiteten Dimensionen untersucht. Diese waren:

1. Unzufriedenheit mit Politik	Was sind die Ursachen für die persönlich erlebte Unzufriedenheit mit Politik?
2. Meinungsbildung über die Politik	Wie sind die Teilnehmer*innen zu ihrem Verständnis von Politik gekommen und auf welchen Interaktionen und Informationskanälen beruht diese Meinungsbildung?
3. Das Bild des politischen Systems	Welches Bild haben die Teilnehmer*innen von dem politischen System in Deutschland und der relativen Bedeutung von den verschiedenen politischen Ebenen (national, regional, lokal)?
4. Das Bild von Politiker*innen	Wie nehmen die Teilnehmer*innen die politischen Akteur*innen wahr und welches ist das dominante Bild der politischen Akteur*innen?

*Tabelle 2: Politische Einstellungen von Wähler*innen und Nichtwähler*innen*

Anhand dieser Analysedimensionen wurden inhaltliche Ausprägungen politischer Weltsichten untersucht um in der Folge damit mögliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Befragten zu eruieren (vgl. Anhang: 45). Diese Analysedimensionen begleiteten die Gruppendiskussionen mit den Teilnehmer*innen

und die an sie gestellten Fragen zielten darauf, Diskussionen auf diese Analysedimensionen zu lenken, um damit eine Vergleichbarkeit zwischen den Einstellungen und Weltsichten unter allen Beteiligten zu erreichen.

4.1 Die Unzufriedenheit mit der Politik

Die erste Analysedimension zielte auf die Observierung von möglichen Gründen für eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik und dem politischen System in Deutschland. Die Ausgangsthese der Auswertung war, dass der Grad an Unzufriedenheit in proportionaler Relation zur Bereitschaft zu politischer Partizipation steht. Unsere Auswertung der Interviews ließ in dieser Hinsicht deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen von Wähler*innen und Nichtwähler*innen erkennbar werden. Für die Gruppe von Wähler*innen konnten wir zwei hauptsächliche Gründe für die Unzufriedenheit mit Politik herausfinden: (1) Mangelnde Krisenbewältigung und (2) mangelnde Transparenz und Ehrlichkeit von politischen Parteien und Akteuren. Diese Motivlagen sind bei 17 der insgesamt 19 Wähler*innen ausgeprägt. Eine charakteristische Einstellung unter den Wähler*innen ist außerdem ihr Krisenbewusstsein. Viele Wähler*innen finden, dass die Gegenwartsgesellschaft sich in kultureller, ökonomischer und sozialer Hinsicht in einem Krisenzustand befindet und dass seitens der Politik wenige Antworten entwickelt werden, die mannigfaltigen Krisenerscheinungen und -zustände zu beseitigen. Viele Wähler*innen monieren außerdem, dass die Politik die Gesellschaft lediglich verwalte und auf Krisen reagiere, statt proaktiv die Entstehung von gesellschaftlichen Krisen zu verhindern. Symptomatisch für diesen reaktiven Verwaltungsmodus ist in ihren Augen die Flüchtlingspolitik in der Bundesrepublik Deutschland seit 2015. Die gesellschaftlichen Krisen, die von den Wähler*innen benannt werden und auf die ihnen zufolge die Politik keine adäquaten Antworten gefunden habe, sind:

- Unkontrollierte Migration und Unfähigkeit der Politik, eine angemessene Integration von Migrant*innen gewährleisten zu können.
- Zunehmende Aufspaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme, sowie eine ungerechte Verteilung von Lebenschancen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen.
- Individualisierung der Schuld von Arbeitslosigkeit und arbeitsbedingter Armut.
- Falsche politische Prioritätensetzung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Sicherheit.
- Benachteiligung der Interessen von „einfachen“ Menschen gegenüber den Interessen der EU und von transnational operierenden Unternehmen.
- Unkontrollierte wirtschaftliche Globalisierung.

Die aktuelle Gesellschaftskrise wird auch von vielen Wähler*innen auf das Fehlverhalten von bisherigen Regierungen, vor allem der Rot-Grünen Bundesregierung (1998-2005) zurückgeführt, die zunehmend politische Entscheidungen an den Interessen von

Menschen vorbei getroffen und politische Reformen eingeführt habe. Obwohl der Krisenstand vor allem als ein nationaler Gesamtzustand wahrgenommen wird, für den politische Akteur*innen und Parteien auf der Bundesebene verantwortlich seien, beeinflusst die Frustration durch unzureichende Krisenbewältigung auch die Wertschätzung lokaler Politik und die Bedeutung politischer Partizipation auf lokaler Ebene negativ. Eine Mehrheit der interviewten Wähler*innen sieht keinen Grund für lokale politische Partizipation, da die für ihr individuelles Leben relevanten politischen Entscheidungen hauptsächlich auf der nationalen oder internationalen Ebene getroffen werden. Daher hat die Partizipation an Kommunalwahlen für Wähler*innen keine bis wenig Relevanz. Die einzigen konkreten politischen Fehlentwicklungen, die von den Wähler*innen den lokalen Politiker*innen zugeschrieben werden, sind der zunehmende Wohnungsmangel und die unkontrollierte Steigerung der Mietpreise in München. Auch diese Krisenerscheinungen wurden meistens als eine allgemeine Veränderung des Machtverhältnisses zwischen wirtschaftlichen Interessen und der politischen Macht, die auf der lokalen Ebene nur bedingt beeinflusst werden kann, wahrgenommen.

Der zweite Grund für die Frustration und Unzufriedenheit mit Politik war das intransparente, unmoralische und unvorhersehbare Verhalten seitens der politischen Akteure. 11 von 19 Wähler*innen kritisieren, dass politische Akteure sich grundsätzlich nicht für die Interessen und Sorgen in der Bevölkerung interessieren, dass sie notorisch ihre (Wahl-)versprechen brächen und dass sie sich nicht der Parteilinie entsprechend verhielten. Diese drei Grundprobleme in der aktuellen Politik führen dazu, dass Wähler*innen sich nicht in der Lage sehen, politische Parteien und Positionen voneinander zu unterscheiden, die politischen Konsequenzen von ihren Wahlentscheidungen einzuschätzen und die Gründe für die getroffenen politischen Entscheidungen nachzuvollziehen. Die Wähler*innen thematisierten immer wieder, dass sie inzwischen keinen Unterschied zwischen der von der SPD und der von der CDU/CSU geführten Politik mehr sähen, dass die SPD seit vielen Jahren keine sozialdemokratische Politik mehr vertreten habe und dass der Grad an Komplexität und Unübersichtlichkeit in der Politik inzwischen so hoch geworden sei, dass sie nicht nachvollziehen könnten, weswegen bestimmte politische Entscheidungen und Reformen getroffen würden und wessen Interessen diese eigentlich widerspiegeln.

Während sich die Unzufriedenheit mit der Politik unter den Wähler*innen reflektiert und im Horizont allgemein gesellschaftlicher Einschätzungen artikuliert, tendieren viele Nichtwähler*innen zu pauschalisierenden Urteilen über Politik. Während 7 von 19 Nichtwähler*innen die mangelnde politische Fähigkeit zur Krisenbewältigung als Hauptgrund für ihre Unzufriedenheit mit Politik einführen, basiert diese Einschätzung häufig auf eigenen persönlichen Erfahrungen anstelle von Beobachtungen gesellschaftlicher Entwicklungen. So werden zum Beispiel die Folgeprobleme von „unkontrollierter“ Migration nach Deutschland anhand von persönlichen Nöten und Problemen belegt. Die eigene Arbeitslosigkeit oder Wohnungslosigkeit wird etwa als konkretes Beispiel angeführt, um die mangelnde politische Kontrolle über die Migration zur Sprache zu bringen. Auch persönliche Gefühle von Benachteiligung gegenüber anderen sozialen Gruppen – darunter den Geflüchteten – wurden von vielen

Nichtwähler*innen als Ergebnis von mangelhafter politischer Krisenbewältigung gedeutet. Charakteristisch für die Nichtwähler*innen ist auch, dass diese der Politik ein grundsätzliches Desinteresse an individuellen Sorgen und Problemen und sogar das bewusste Nichteinhalten von Wahlversprechen und parteipolitischen Programmen vorwerfen. Die Interviews zeigen auch, dass Nichtwähler*innen kaum einen Unterschied zwischen verschiedenen Parteien und politischen Akteur*innen sehen, sondern das politische System als Ganzes für unmoralisches Verhalten anprangern. Allein systemkritische Parteien wie die Linke und die Alternative für Deutschland werden als mögliche politische Alternativen zu den etablierten und systemerhaltenden Parteien gesehen, wobei die Linkspartei wegen ihrer historischen Verbindung zur DDR und die AfD für ihre mangelnde politische Sachkompetenz kritisiert werden.

Auszüge aus den Interviews:

Ein „negatives“ Bild von Politiker*innen:

„Es wird über die Worte, wird was Positives insuggestiert, jede Sauerei, äh, die zu negativen Folgen für den Bürger, sei es finanzieller Art oder bei der Pflege oder sonstwas führt, wird dann mit dem positiven Begriff Reform belegt. Ähm, man fühlt sich wirklich, äh, *ver-arscht* (betont). Richtig verarscht. So, hier sind neue Denkansätze zu finden. Hier ist auch, äh, es erforderlich, zwingend, die Glaubwürdigkeit, die zunehmend mehr weggeht, diese Glaubwürdigkeit, da sollen sie sich was einfallen lassen, dass sie die wieder einrichten. Ehrlichkeit und Verlässlichkeit ist ein Punkt dazu. Aber ob dann ein-ein, äh, äh, ein angehender Bundestagsabgeordneter, der frisch gewählt ist, voller Euphorie und mit Sicherheit mit den besten Absichten dann kommt, der wird dann erstmal über den Fraktionszwang auf Linie gebracht.“

„Und, deswegen, finde ich, ist des Ganze auch glaub ich schon beim Aufstellen eines Wahlprogramms unheimlich strategisch ausgerichtet. So wie die CDU-CSU sich jetzt überlegen müssen, wie sie noch ein bisschen rechts machen können, damit sie da was abfischen. Das ist, äh, und ich-ich glaube auch strategisch, das ist völlig richtig, wenn man sich so ans Programm setzt. Ist aber natürlich vom Politik-Leben weit weg, das hat nicht mehr mit, ich hab Überzeugungen, für die ich eintrete, sondern ich hab-muss kalkulieren, da, also, das wird ich, find ich durch die-durch die, äh, Pegida und AfD-Geschichten, so find ich, ist des (.) viel stärker geworden, dass man, dass es nicht mehr nur um Überzeugungen geht, für die man eintreten muss.“

„Das ist in meiner Heimat, ich rede nichts über Deutsche Parlament \\\j\ oder Bundestag oder so \\\j\ in meiner Heimat ich würde nie gehen Das sind alles Idioten [Anm. die Politiker*innen]. Keine Menschen. Niemand denkt an Heimat [...]. Ich bin so ein Mensch ähm [...] zum Beispiel wenn ich ein Politiker wäre, ich hätte etwas gemacht über meine [unverständlich], über meine Volk. Die denken nicht ans Volk sie denken nur an Tasche. Ich denke nicht an Tasche, für mich erster Platz ist wie geht's meinem Volk. Ja weil ich bin sehr traditioneller Mensch aber bei uns gibt's solche Leute nicht mehr ist alles vorbei.“

„Frau Merkel hat nichts zu sagen; Politiker sind Marionetten und fremdbestimmt; Bürger, die wählen, haben nichts zu sagen; Politiker, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden; man kann nicht hinter den Vorhang schauen - wüsste man, was sich dahinter verbirgt, gäbe es eine Revolution; jedes Volk hat die Regierung, die es verdient und von der Regierung lässt sich auf die Intelligenz der Bevölkerung schließen - die Intelligenz der Deutschen ist niedrig [...].“

4.2 Meinungsbildung über die Politik

Ein charakteristisches Merkmal für die von uns interviewten Nichtwähler*innen ist, dass sie ihre Meinung über Politik insgesamt sowie über die einzelnen politischen Akteur*innen und die konkreten politischen Prozesse und Ereignisse auf Erkenntnisse gründen, die sie nur bedingt reflektieren und kritisch befragen. Diese Erkenntnisse sind zudem nicht Gegenstand von offenen, öffentlichen oder inter-persönlichen Argumentationen, sondern Nichtwähler*innen scheinen diese Erkenntnisse weitgehend unkritisch zu vertreten. Die Meinung über Politik der Mehrheit der interviewten Nichtwähler*innen ist auf akkumulierten persönlichen und damit scheinbar evidenten Erfahrungen gegründet. Während unter den älteren Nichtwähler*innen das negative Bild von der Politik auf ihrer eigenen politischen „Primärerfahrung“ beruht, unter anderem auf vielen nicht eingehaltenen Wahlversprechen im Zeitverlauf, deuten jüngere Nichtwähler*innen auf ihre „Sekundärerfahrung“ hin, da die Politik nicht sie, sondern ihre Eltern, Bekannte und Verwandtschaft im Stich gelassen habe. Diese Erkenntnis zeigt uns, dass das Verhalten des Nichtwählens vor allem in sozial benachteiligten Milieus geerbt zu sein scheint.

Die Gruppe von Nichtwähler*innen unterscheidet sich in Bezug auf die Informationsbeschaffung über Politik deutlich von den Wähler*innen. Charakteristisch für jüngere Nichtwähler*innen (<25 Jahre) in unserer Studie ist ihr generelles Misstrauen gegenüber den traditionellen öffentlichen Medien (Fernsehen, Tageszeitungen), die sie unter dem Einfluss von gesellschaftlichen Partikularinteressen sehen. In der Gruppe der Nichtwähler*innen stellen das Internet und Internetforen die Hauptquelle von Informationen über Politik dar. Der Gruppe von Nichtwähler*innen gemeinsam ist auch, dass ihre Meinungsbildung nur in Ausnahmefällen (2 von 19) auf der persönlichen Rezeption von Primärmaterial aus der Politik (Parteiprogramme, Flyer, politische Reden) oder persönlichen Kontakten mit Politiker*innen (1 von 19) beruht. Sowohl die subjektiven Erkenntnisse (persönliche Erfahrung) als auch digital beschaffte Informationen (Internet) über Politik sowie die unter den Nichtwähler*innen weitverbreitete Problematisierung der Komplexität und Intransparenz politischer Kommunikation deuten darauf hin, dass die Nichtwähler*innen nur begrenzt für traditionelle Formen von politischer Kommunikation zugänglich sind. Unsere Interviews mit den Wähler*innen zeigen ein konträres Bild von politischer Meinungsbildung. Hier spielen weder persönliche Erfahrung noch Informationen, sondern persönliche Kontakte mit Politiker*innen, Rezeption von Primärmaterial aus Politik und das Lesen etablierter Tageszeitungen eine zentrale Rolle für die Meinungsbildung über Politik. Während 5 von 19 Wähler*innen Primärmaterial aus der Politik rezipieren, halten 3 von 19 Wähler*innen traditionelle mediale Berichterstattung für die valideste Quelle für Information über Politik.

Auszüge aus den Interviews:

Ein „negatives“ Bild von politischer Kommunikation

„Dann kommen dann die ganzen, äh, Wahl-Wahlen wieder, da hängen die ganzen Werbetafeln aus. Das ist mehr (.) dreckige Wäsche waschen, aber Informationen gibt es nicht. Nur so Möchtegern-kleine Flyerchen, da steht ja auch nichts drauf. (.) Zumindest keine In-, keine *echte* (betont) Information. Da steht vielleicht ein-ein, zwei Schlagpunkte drauf, aber (.), da (.) nach denen kann ich ja die Parteien auch nicht wählen oder entscheiden. Ich muss ja mehr wissen, aber ich will dazu *nicht* (betont) das ganze Parteibuch lesen.“

„Vielleicht die Art der Information, und da ganz speziell, mhm, nicht wahnsinnig viel Text, sondern (.) äh, so-so Extrakte, die die eben in setzen oder, die, die halt, ja wie soll ich sagen \ also, ich bin selber schon dabei gewesen, für eine Klinik in München mal Presstexte zu bearbeiten und aus Presstexten, äh, Sätze rauszufiltern, die prägnant sind und da hab ich festgestellt, dass manchmal von einer Seite Text ein oder zwei Sätze prägnant waren. Und ich glaube, wenn wir ganz prägnante Sätze kriegen würden und vieles-vieles, äh, viele Garnierungen und Ausschmückungen und viel, viel Text weglassen würden, würde sich der Einzelne leichter tun, würde der Einzelne auch vielleicht dann gewillt sein, mehr Zeit dafür zu, sich zu nehmen. Des fände ich nen ganz, vielleicht nen ganz guten Ansatzpunkt.“

„[M]eines Erachtens ist die Haupt-, das, äh, der Hauptgrund, warum nicht gewählt wird, weil - oder so geht's mir - weil ich, äh, zu wenig oder viel zu wenig von der Person weiß...ich glaube schon, dieses Nicht-Wissen über die Person, oder Nicht-Wissen über den-über die-über diese, sagen wir mal, irgendeinen Bereich, die sich um was kümmert, grade in der Kommunalpolitik, das ist schon, das ist schon, äh, Haupt-ding, Haupt-Hauptgrund, warum-warum ich jetzt zum Beispiel nicht, äh, irgendeine Person, äh, mit ruhigem Gewissen wählen kann[...].“

„Auch politisch ist des unglaublich schwer. Dann kommen dann die ganzen, äh, Wahl-Wahlen wieder, da hängen die ganzen Werbetafeln aus. Das ist mehr (.) dreckige Wäsche waschen, aber Informationen gibt es nicht.“

„Darum hab ich sie\ Dann bin ich nicht zum Wählen gegangen. Den anderen hab ich nicht gekannt (..). Ich kann nicht ein Kreuzchen machen, wenn ich keinen kenne, um was es da geht überhaupt [...] Aber so, wenn da Leute sind die du nicht kennst. Da ist die Partei Wurst wie das ist. Also das ist ja Wurst dann, was für eine Partei das dann ist.“

4.3 Das Bild des politischen Systems

Den deutlichsten Unterschied zwischen den Wähler*innen und Nichtwähler*innen sieht unsere Studie in ihren jeweiligen Wahrnehmungen vom politischen System. 18 von 19 Nichtwähler*innen verfügen über ein „undifferenziertes“ Bild politischer Institutionen und Prozesse. Sie sehen in ihren ausschließlich negativen Beschreibungen von Politik das politische System als ein homogenes Gebilde. Sämtliche Positionen und Parteien darin werden mit ähnlich negativen Bedeutungen aufgeladen. Für die Befragten stellen etablierte politische Parteien keine wählbare Option dar, da sie alle von denselben Eigenlogiken der Politik (Steigerung von Macht), von unmoralischem Verhalten (Korruption) und Intransparenz (Brechen von Wahlversprechen, gegenseitige ideologische Anpassung) durchzogen sind. Für Nichtwähler*innen haben die lokale Politik und die Partizipation an Kommunalwahlen alleine aus dem Grund keine Relevanz,

dass sie die Lokalpolitik entweder nicht als eine eigenständige politische Handlungsebene wahrnehmen, oder sich nicht vorstellen können, inwiefern die lokale Ebene über eigene Handlungskompetenzen unabhängig von der Landes- und Bundesebene verfügen kann. Unter den Wähler*innen haben nur 8 von 19 Personen ein „undifferenziertes“ Bild von dem politischen System, während 11 von 19 Personen nicht nur zwischen verschiedenen politischen Ebenen unterscheiden, sondern ihre jeweiligen Zuständigkeiten und Funktionen innerhalb des deutschen politischen Systems wahrnehmen. Die Differenzierung zwischen dem Verfügen über ein „undifferenziertes“ (Nichtwähler*innen) und dem über ein „differenziertes“ Bild (Wähler*innen) der Politik ist nicht nur eine Frage von ungleichem politikbezogenem Wissen oder politischer Bildung. Tatsächlich deuten die Interviews mit den Nichtwähler*innen darauf hin, dass das grundsätzlich negative und undifferenzierte Bild von Politik unter den Nichtwähler*innen auf deren Überzeugung basiert, dass Politik generell auf willkürlichem, betrügerischem und im Eigeninteresse stattfindenden Handeln beruht. Im Gegensatz zu den Nichtwähler*innen glauben viele Wähler*innen, dass politische Akteur*innen unter externen Systemzwängen (Globalisierung, europäische Integration, Finanzmarktkrise) agieren, die ihre Handlungsmöglichkeiten einschränken. Vor allem das von uns entdeckte „undifferenzierte“ Bild von Politik kann eine mögliche Erklärung für den neuerlichen Erfolg von grundsätzlich systemkritischen Parteien (z.B. AfD) anbieten, die sich nicht dem inhaltlichen Parteiwettbewerb unterordnen, sondern die Funktionalität des gesamten politischen Systems infrage stellen und sich daher als eine systemkritische Alternative anbieten.

Auszüge aus den Interviews:

Ein „negatives“ Bild von Kommunalwahlen

„So, wenn ich jetzt die Ebenen, äh, dann mal bisschen auseinanderhalte, Bundesebene, Landesebene, Kommunalebene, äh, so, sind die Kommunen natürlich dann am Ende der, äh, der ganzen Schlange. Nicht am Ende der Nahrungskette leider, sondern am Ende der ganzen Sch-äh Schlange, das heißt, die müssen gucken, äh, wie sie in dem Rahmen, den sie von Bund und Land kriegen, äh, dann einfach zurechtkommen. Das heißt, um auf kommunaler Ebene zu verbessern, muss ich auf Bundesebene und auf Landesebene versuchen die Dinge, äh, zu verbessern, die Rahmenbedingungen, äh, besser zu gestalten.“

„[I]ch persönlich sehe mich als-als, ähm, relativ interessiert politisch. Ähm, mich interessieren dann auch mehr die großen politischen Fragen. Ähm, auf der kommunalen Ebene, ähm, ist-ist nicht der Bereich, da würd ich mich nebenbei engagieren oder so weiter. Aber, dann kann man nichts verändern. Die großen Probleme, die wir haben, wird man nicht auf kommunaler Ebene ändern können.“

Ein „positives“ Bild von Kommunalwahlen

„Ich würde den Kommunallevel wirklich stark unterscheiden von-von den anderen Wahlen, ähm, weil die Kommunalebene ist die, wo ich noch stark Einfluss nehmen kann. Die Kommunalebene ist die, wo ich den Eindruck habe, dass die Parteien auch annähernd vernünftig zusammenarbeiten, zum Teil. Also, ich sehe die-ideologie nicht so stark auf kommunaler Ebene, wie-wie sie, ähm, die Entscheidungen beeinflusst auf-auf den höheren Ebenen. Die Landesebene halt ich für überflüssig, obsolet, ähm, ich bin absoluter Geg- \. Der Föderalismus hat seinen Sinn gehabt, es gab gute Gründe, ihn nach dem Krieg einzuführen. Er ist jetzt obsolet.“

„Und hier, das, äh, jetzt, wenn ich in der kommunalen Ebene an der Stelle bin, äh, hab ich ned so das Gefühl der Unehrlichkeit, äh, sondern hier hab ich wirklich das Gefühl, dass die versuchen, im Rahmen dessen, was se machen können, äh, dann, äh, ihre Löcher zu stopfen. Und, äh, das Ganze voranzubringen. Äh, des Problem ist ganz oben. Das Problem ist ganz oben. Der Fisch stinkt vom Kopf.“

„Und ich finds grad bei der Kommunalwahl extrem wichtig zu wählen, weil es geht um einen selber, es geht um jede Mülltonne, um jede Straße, um jedes Neubaugebiet, das erschlossen wird. Wir haben jetzt in München 25, 30.000 neue Neubürger pro Jahr. Die müssen untergebracht werden. Dann interessiert mich, also, wie schauts aus in Freiam, wie schauts aus jetzt, äh, jetzt in in den neuen Gebieten jetzt im Norden, Parkstadt, Domagkpark und so weiter.“

„Ich würde den Kommunallevel wirklich stark unterscheiden von-von den anderen Wahlen, ähm, weil die Kommunalebene ist die, wo ich noch stark Einfluss nehmen kann. Die Kommunalebene ist die, wo ich den Eindruck habe, dass die Parteien auch annähernd vernünftig zusammenarbeiten, zum Teil. Also, ich sehe die-die Ideologie nicht so stark auf kommunaler Ebene, wie-wie sie, ähm, die Entscheidungen beeinflusst auf-auf den höheren Ebenen.“

4.4 Das Bild von politischen Akteur*innen

Angesichts der bereits angeführten politischen Einstellungen und Weltansichten ist es wenig überraschend, dass Wähler*innen und Nichtwähler*innen sehr unterschiedliche Wahrnehmungen von politischen Akteur*innen und deren Handeln haben. Den interviewten Personen gemein ist ihr grundsätzlich negatives und abwertendes Bild von politischen Akteur*innen. Nur eine von 38 Personen nimmt politische Akteur*innen positiv wahr und hält sie für demokratische gewählte und im Interesse der Wähler*innen handelnde Akteur*innen. Charakteristisch für die Gruppe von Nichtwähler*innen ist, dass sie politischen Akteur*innen willkürliches, an Eigeninteresse orientiertes und die Interessen der Gesamtbevölkerung ignorierendes Handeln attestiert. Insgesamt 12 von 19 Nichtwähler*innen halten politische Akteur*innen für willkürlich und lediglich im Eigeninteresse handelnde, machtbesessene Akteur*innen, die bereitwillig die Wähler*innen durch das Nichteinhalten von Wahlversprechen betrügen. Nur 4 von 19 Nichtwähler*innen haben gar kein konkretes Bild von politischen Akteur*innen.

Im Gegensatz zu der Gruppe von Nichtwähler*innen haben die von uns interviewten Wähler*innen ein deutlich heterogeneres und vielschichtigeres Bild von politischen Akteur*innen. Obwohl auch hier ein grundsätzlich negatives Bild dominiert, deuten insgesamt 8 von 19 Wähler*innen an, dass politische Akteur*innen nicht willkürlich oder im Eigeninteresse handeln, da ihr Agieren und ihre politischen Entscheidungen von den Systemzwängen der Politik bestimmt werden. Zu solchen Systemzwängen gehören unter anderem der von der wirtschaftlichen Globalisierung verursachte Konkurrenzdruck, die nationale Anpassung an Gesetze und Regeln der Europäischen Union, zunehmende transnationale Abhängigkeit, Kriege und Konflikte, der demografische Wandel, Preisbildungsprozesse auf dem freien Markt, Verknappung von Naturressourcen und vieles mehr. Gleichzeitig attestieren 7 von 19 Wähler*innen den politischen Akteur*innen willkürliches, egozentriertes und sogar betrügerisches Verhalten. Der Hauptunterschied zwischen den Wähler*innen und Nichtwähler*innen

liegt nach unseren Forschungsergebnissen darin, dass die erstgenannte Gruppe politische Akteur*innen und politisches Handeln im Hinblick auf die strukturellen – vor allem ökonomischen – Bedingungen von Politik bewertet, wohingegen viele Nichtwähler*innen monieren, dass politische Akteur*innen unabhängig von solchen externen systembezogenen Beschränkungen handeln könnten, wenn sie dies nur wollten.

Ähnlich zu den drei oben eruierten Einstellungsdimensionen werden die Bilder von politischen Akteur*innen nicht von Parteien und Ereignissen bestimmt. Auch wenn viele Interviewte lokale politische Probleme und Fehlentwicklungen benennen, darunter wiederkehrend die Problematik hoher Mietpreise, infrastrukturelle Probleme oder die schlechte Beratungs- und Betreuungssituation in öffentlichen Einrichtungen und auf den Ämtern, erscheint dennoch das Bild von politischen Akteur*innen nicht auf der lokalen, sondern vor dem Hintergrund der Wahrnehmung des politischen Systems insgesamt und dessen Bewertung auf nationaler Ebene bestimmt zu sein.

Auszüge aus den Interviews:

Ein „negatives“ Bild von politischen Akteur*innen:

„Also, das Prinzip, vereinfacht ausgedrückt, da oben sitzen welche, die, äh, uns Wasser predigen und selbst könnenweise den Wein saufen. Bissl drastisch ausgedrückt [...]. [I]ch kann ned den Leuten den Gürtel enger schnallen, ohne mit gutem Beispiel voranzugehen. Also, anderen Wasser predigen und selbst könnenweise den Wein saufen, das ist das, was sich zunehmend mehr (betont), äh, im Bewusstsein der Bevölkerung verankert, und der Tr- \. Wenn man diesen Trend fortsetzt, äh, dass die Gier weiter ausgelebt wird, dann bin ich sicher, dass Ähnliches passiert wie den- wie in den USA, da, AfD geht ja auch schon hin und versucht das halt eben systematisch zu fördern, dass es dann eine Denkmahl-Wahl gibt.“

„Meine Frau und ich, wir gehen auch mal zur Tafel und geben da Dinge ab. Da seh ich die Realität. Und es würde manchem Politiker nicht schaden, dass er dann auch mal bei ner Tafel Dienst tut, dass er dann mal sieht, was da für Menschen kommen, dass er dann mal sieht, äh, was die Auswirkungen sind, und, äh, auch die Debatte, die Flüchtlinge kriegen mehr, die Flüchtlinge kriegen weniger, äh, äh-äh, die bezahlen so viel und wir und dann besetzen sie Kindergärten und alles drum und dran. Das ist alles Nebenkriegsschauplatz. der Hauptkriegsschauplatz ist (.), ich verwende jetzt ne drastische Terminologie, ne, aber, äh, wenn mans abgeschwächt, der Hauptdiskussionsplatz, ist wirklich dieser krasse Unterschied zwischen a-äh, zwischen reich und zunehmender Verarmung.“

„Abgesehen von dem rein Politischen (.) vermisse ich mittlerweile viele, oder überhaupt, charismatische Leute in der Politik. In meiner Kindheit hat man die Politiker gekannt, also, man wusste, wer da oben ist. Heute sinds irgendwelche Namen, die man nie zuvor gehört und gesehen hat und die sich über Jah- \ also (.), nur überspitzt jetzt hin gestellt natürlich, hat man sie dann irgendwann ja schon mal auch mal irgendwo gesehen, aber es ist niemand mehr da, wo man sagen kann, Mensch, der repräsentiert Deutschland als Außenminister oder, von dem kann ich mir das auch vorstellen, dass die positiv überkommen können.“

„[...] ich denke, an dem Punkt sind wir jetzt wieder, dass man ganz offensichtlich sehen kann, wie das Recht gebeugt wird von der Politik, dass man offensichtlich, wenn man sich ein bisschen damit beschäftigt, einfach sehen kann, was gelogen wird in dieser ganzen Kiste. Als Beispiel bloß dieser UNHCR-Bericht, äh, der sogar von, ich glaube sogar von den Ministerien in Auftrag gegeben wurde oder zumindest angefordert wurde, wo ganz eindeutig drinsteht, bloß als Beispiel, es gibt ganz wenige vermeintlich

sichere Plätze, aber im Großen und Ganzen muss man die Lage in Afghanistan als vollkommen unsicher einschätzen, ja. Hat der u-, hat der Bericht gesagt (betont), wortwörtlich, und de Maiziere sagt, ja, Afghanistan ist sicher und es gibt n paar so Punkte vielleicht, wo's nicht so / Also, äh, da, bleibt einem langsam einfach der Mund offen stehen [...].“

„Ich hab dann versucht, äh, im bayrischen Landtag, hab da angerufen, ob ich da, ähm, ne Sprechstunde gibt. Und ich weiß, ich hab da echt, Höll-, Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, dass ich diesen Blödmann dann da irgendwann erreiche und ich hab, ich hab ihn nicht drangekriegt. Und, also, da hab ich dann echt son Hals gehabt. Zum damaligen Zeitpunkt bin ich dann auch nicht mehr wählen gegangen, weil ich dacht mir, also, ganz ehrlich gesagt, also so ne Scheiße, wenn ich noch nicht mal meinen Abgeordneten für meinen Wahlkreis dann da sprechen kann, ähm, also, was soll ich dann da überhaupt noch wählen gehen?“

„Ja, also man *kann's* nicht ändern. Es\ (.) Das Volk will was, aber *die* entscheiden letztendlich ganz oben, was gemacht wird und (.) die machen halt\ die setzen eh nicht das durch, was das Volk will, sondern die setzen das durch, wo die meinen: Okay, da machen wir jetzt am meisten Geld. Zum Beispiel die Politik von Merkel. Ich find' das ist Geldmacherei. Die holt sich die Flüchtlinge, die arbeiten für weniger Geld. Sowas halt. Das find' ich halt nicht gut.“

4.5 Zusammenfassung: Politische Einstellungen und Weltansichten

Es ist eine gängige Praxis in qualitativer Sozialforschung, anhand empirischer Daten idealtypische soziale Gruppen zu bilden, wobei die merkmalsbezogenen Unterschiede zwischen den Gruppen und die interne Kohärenz innerhalb der jeweiligen Gruppe maximiert werden (Kluge 2000: §2). Die folgende Tabelle (3) zeigt die Unterschiede zwischen Wähler*innen und Nichtwähler*innen in den untersuchten Merkmalsdimensionen.

Merkmalsdimensionen	Gruppe 1: Wähler*innen	Gruppe 2: Nichtwähler*innen
Grund für Unzufriedenheit	+Krisenbewältigung +Mangelnde Transparenz +Mangelnde Ehrlichkeit	+Pers. Benachteiligung +Unmoralisches Verhalten +Mangelndes Interesse
Meinungsbildung	+Traditionelle Medien +Primärmaterial +Direktkontakt	+Persönliche Erfahrung +Meinung anderer +Internet
Bild des politischen Systems	+Differenziert(er)es Bild +Politische Ebenen +Kritik einzelner Aspekte	+Undifferenziertes Bild +Keine politischen Ebenen +Kritik des Systems
Bild von politischen Akteur*innen	+Systemzwänge +Handeln in Eigeninteresse	+Willkürliches Handeln +Handeln in Eigeninteresse +Betrügerisches Handeln

Tabelle 3: Politische Einstellungen von Wähler*innen und Nichtwähler*innen (gruppiert)

5. Korrelationen zwischen politischer Weltsicht und sozialer Lage

Die Zielsetzung dieses Projektes war es, die politischen Einstellungen und Weltsichten von Nichtwähler*innen zu beschreiben und diese mit jenen der Gruppe der Wähler*innen zu vergleichen. Die systematische Auswertung der Survey-Fragebögen machte zudem deutlich, dass sich die in Bezug auf unterschiedliche politische Partizipationsformen und Partizipationsbereitschaften gebildeten Gruppen von Wähler*innen und Nichtwähler*innen nicht nur hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen und Weltsichten, sondern auch im Hinblick auf ihre gruppenspezifischen sozialen Lagen sehr deutlich voneinander unterscheiden. Obwohl der Zusammenhang zwischen soziostrukturellen Merkmalen – Bildung und Einkommen – und der politischen Partizipationsbereitschaft einerseits (Petersen et al. 2013; Vehrkamp 2015; Bödeker 2012; Schäfer 2010, 2013, 2015), sowie zwischen politischen Einstellungen und Partizipationsbereitschaft andererseits (Decker et al. 2016; Brähler et al. 2016) bereits untersucht wurde, galt es diesen Zusammenhang anhand unserer eigenen empirischen Daten nachzuvollziehen. Die Auswertung dieses Korrelationszusammenhanges erfolgte durch die Anwendung der Methode der „multiplen Korrespondenzanalyse“, die insbesondere in der soziologischen Sozialstrukturanalyse zum Einsatz kommt, um soziale Gruppen mit ihren spezifischen gruppenbezogenen Merkmalen zu rekonstruieren (vgl. Lebaron 2012; Le Roux & Rouanet 2010).

Das Ziel der multiplen Korrespondenzanalyse ist es, soziale Gruppen anhand von einzelnen Analysevariablen mit ihren jeweiligen inhaltlichen Merkmalen zu identifizieren. In unserem Forschungsprojekt zielte die Anwendung der multiplen Korrespondenzanalyse darauf, die charakteristischen Merkmale der Wähler*innen und Nichtwähler*innen herauszufinden, um damit mögliche Gründe für deren politisches Verhalten (wählen/nichtwählen) zu benennen. Unser Sample umfasst 38 Personen, die – wie bereits erörtert – je nachdem, ob sie an den Kommunalwahlen in München im Jahr 2014 teilgenommen haben (JA/NEIN) und eine zukünftige Teilnahme an Wahlen grundsätzlich für möglich halten (JA/NEIN), entweder als Wähler*innen (JA/JA) oder als Nichtwähler*innen (NEIN/NEIN) definiert wurden. Das Ziel der durchgeführten multiplen Korrespondenzanalyse war es, herauszufinden, welche Merkmale für beide Gruppen charakteristisch sind und welche mit Sozillagen zusammenhängenden Merkmale die beiden Gruppen voneinander unterscheiden.

Zu diesem Zweck wurden die bereits benannten 18 Analysevariablen mit ihren jeweiligen inhaltlichen Merkmalen eingesetzt, um herauszufinden, welche von diesen Merkmalskombinationen in Verbindung mit dem jeweiligen Wahlverhalten – „wählen“ oder „nichtwählen“ – häufig vorkommen und in welcher Hinsicht diese Merkmalskombinationen die Gruppen von Wähler*innen und Nichtwähler*innen unterscheiden. Diagramm 8 zeigt zunächst die Gesamtheit der Merkmale für die in

unserem Sample enthaltenen 38 Individuen auf. Die multiple Korrespondenzanalyse ist ein strukturentdeckendes oder exploratives, und damit ein lediglich abbildendes Verfahren. Praktisch bedeutet das, es werden alle zu analysierenden Daten zusammen in die Analyse gegeben, und es wird geprüft, welche Daten einen engen Zusammenhang bilden und welche gänzlich unabhängig voneinander vorkommen. Das Achsenkreuz als Zentrum des Raumes konzentriert die Variablenausprägungen, die in vielen Fällen vorkommen. Die Leitidee der Abbildung ist es also, dass der Abstand zwischen den Merkmalen in proportionalen Relationen zu der Häufigkeit ihres gemeinsamen Auftretens bei den einzelnen Individuen steht. Je näher die verschiedenen Merkmale beieinanderstehen, desto häufiger kommen sie bei den einzelnen, von uns untersuchten Individuen vor. Gleichzeitig zeigt die relative Nähe von einzelnen Merkmalen zu den partizipationsbezogenen Merkmalen „ELECT_JA“ und „KW14_JA“, welche Merkmale für unsere Gruppen von Wähler*innen charakteristisch sind. Die für die Nichtwähler*innen typischen Merkmale „ELECT_NO“ und „KW14_NO“ (Nichtbeteiligung bei der Kommunalwahl 2014) zeigen wiederum eine relative Nähe zu Merkmalen, die für die Gruppen von Nichtwähler*innen insgesamt typisch sind. Diagramm 8 illustriert zuerst, dass die beiden Merkmalskombinationen „ELECT_JA“ und „KW14_JA“ und „ELECT_NO“ und „KW14_NO“ eine deutliche Distanz zueinander haben. Diese Distanz ergibt sich daraus, dass in unserem Sample die Mehrheit der untersuchten Personen in beiden Analysevariablen entweder positiv (JA) oder negativ (NEIN) kodiert wurden. Eine Mischkombination (JA/NEIN oder NEIN/JA) war nur bei 7 von 38 Individuen zu beobachten. Das bedeutet, dass eine starke Korrelation zwischen den positiven und negativen Ausprägungen in den untersuchten Variablen ELECT und KW14 zu beobachten war. Wer an den Kommunalwahlen im Jahr 2014 nicht teilgenommen hat, hatte häufig auch eine grundsätzliche negative Einstellung zur Partizipation an politischen Wahlen, und umgekehrt.

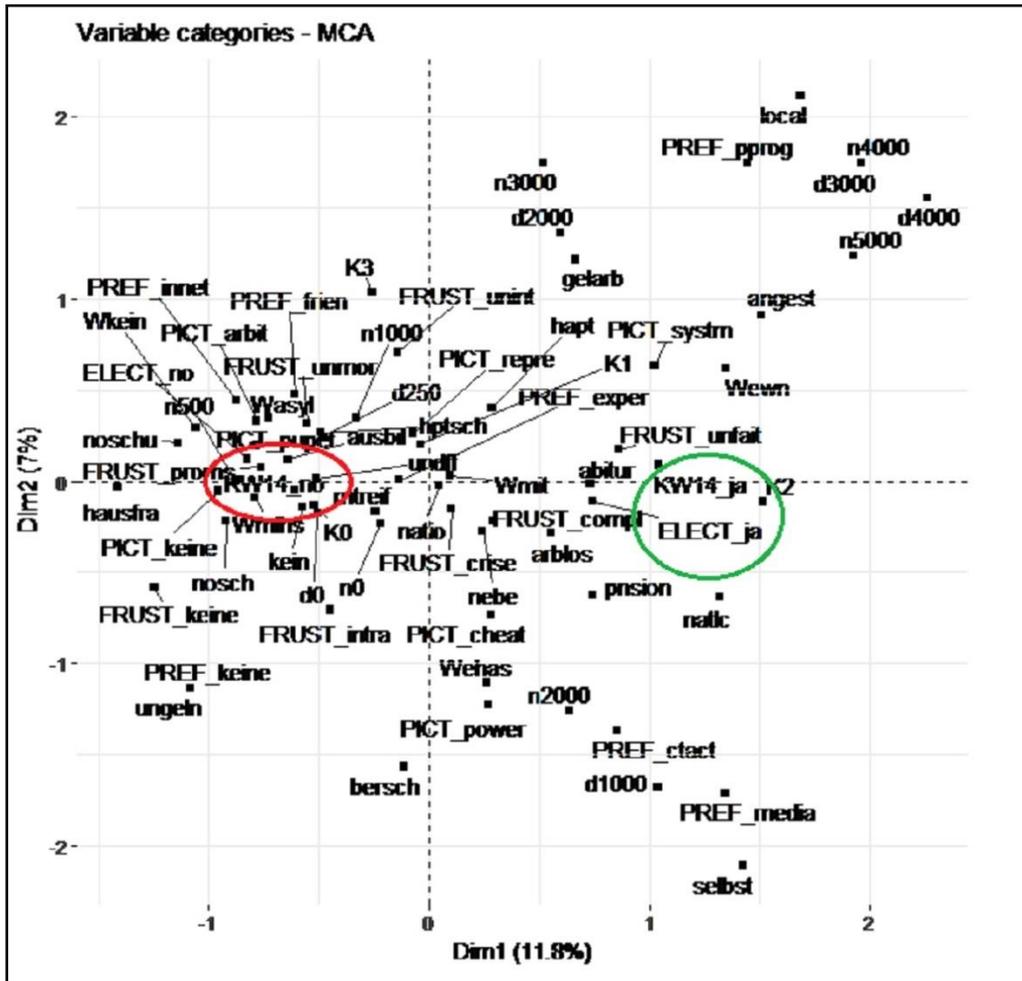


Diagramm 8: Gesamtheit der Merkmale von Wähler*innen und Nichtwähler*innen

Diagramm 8 verdeutlicht auch, dass die Ausprägungen der Analysevariablen ELECT und KW14 mit sehr unterschiedlichen Bündeln von weiteren Merkmalen einhergehen.² Nichtwähler*innen (roter Kreis) verfügen häufig über ein niedriges (n500) oder gar kein Nettoeinkommen (n0) aus ihrer Erwerbstätigkeit, haben einen relativ niedrigen (hptsch = Hauptschulabschluss; Mitreif = mittlerer Reife) oder keinen Schulabschluss (nosch) und sie werfen den politischen Akteur*innen willkürliches Verhalten (PICT_arbit) vor oder halten Politiker*innen für Marionetten, die in erster Linie nach den Interessen wirtschaftlicher Akteur*innen handeln (PICT_pupet).

Auch bilden Nichtwähler*innen ihre Meinung über Politik und politische Akteur*innen häufig über das Internet (PREF_innet) sowie über Freund*innen und Bekannte (PREF_frien). Wie bereits oben angeführt wurde, verfügen Nichtwähler*innen häufig über ein undifferenziertes Bild des politischen Systems (undiff), da sie keine Unterschiede zwischen den politischen Parteien und ihren Angeboten sehen und nicht zwischen den verschiedenen Ebenen des politischen Handelns (national, regional, lokal) differenzieren können bzw. wollen. Dieses undifferenzierte Bild war auch an der häufigen

² Siehe Anhang für inhaltliche Definition der einzelnen Merkmale.

Personalisierung der Politik und der Zurechnung individueller Handlungskalküle und Interessen abzulesen. Politik ist demnach primär eine opake Angelegenheit einzelner Personen oder Menschen und deren Interessen.

Charakteristisch für die von uns untersuchte Gruppe von Nichtwähler*innen ist außerdem, dass sie nur selten gesellschaftlich engagiert (K0) und häufig in einer Mietwohnung (Wmit) oder in einem Miethaus (Wmihs) wohnhaft sind. Im Gegensatz zu den Nichtwähler*innen in unserer Studie haben Wähler*innen relativ gesehen einen höheren Bildungsabschluss (abitur = Abitur), beziehen ein höheres Nettoeinkommen (n2000) aus ihrer Erwerbstätigkeit und verfügen über ein höheres disponibles Einkommen (d1000). Wie bereits eruiert wurde, beruht die Meinungsbildung über Politik bei den Wähler*innen häufig auf der Auseinandersetzung mit Parteiprogrammen und ähnlichen politischen Informationen (PREF_pprog) und sie halten gelegentliche Direktkontakte zu politischen Akteur*innen für eine wichtige Quelle zur Einschätzung von deren Kompetenz und Glaubwürdigkeit (PREF_ctact). Auffällig war zudem, dass das Merkmal Arbeitslosigkeit (arblos) sowohl bei den Wähler*innen als auch Nichtwähler*innen häufig anzutreffen war, weshalb dieses Merkmal keine eindeutige Erklärung für unterschiedliche politische Weltansichten und politische Partizipationsbereitschaften liefern kann.

Die Berücksichtigung aller 18 Analysevariablen gibt ein komplexes Bild der typischen Merkmale von Wähler*innen und Nichtwähler*innen. Um mögliche Gründe für die unterschiedlichen politischen Weltansichten und für unterschiedliche politische Partizipationsbereitschaft besser erklären zu können, haben wir die Analysekatoren in zwei Gruppen von „soziodemografischen“ und „sozioökonomischen“ Variablen aufgeteilt. Zu den „soziodemografischen“ Variablen gehören die Kategorien „Geschlecht“, „Alter“, „Nationalität“ und „religiöse Zugehörigkeit“. Die „sozioökonomischen“ Variablen umfassen wiederum die Analysekatoren „erster Bildungsabschluss“, „höchster Bildungsabschluss“, „Beschäftigungsstatus“, „Erwerbsstellung“, „Nettoeinkommen“, „disponibles Einkommen“, „Wohnsituation“ und „gesellschaftliches Engagement“ (siehe Tabelle 1; Anhang). Unsere Analyse zeigt, dass sich die Gruppen der Wähler*innen und Nichtwähler*innen in Bezug auf ihre soziodemografischen Merkmale durchaus unterscheiden.

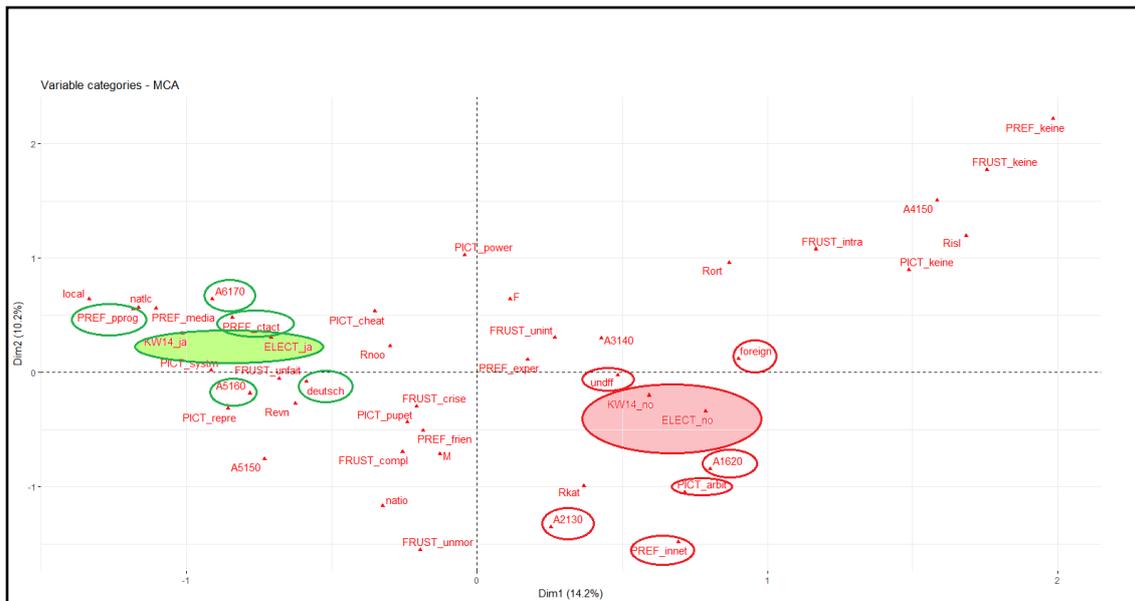


Diagramm 9: Typische Merkmale von Wähler*innen und Nichtwähler*innen (soziodemografische Variablen)

Diagramm 9 zeigt die typischen soziodemografischen Merkmale für die Gruppen der Wähler*innen und Nichtwähler*innen. In unserem Sample (38 Personen) gehörten viele Nichtwähler*innen zu den jüngeren Altersgruppen (A1620; A2130), während Wähler*innen vor allem in den älteren Altersgruppen (A6170 = 61-70 Jahre; A5160 = 51-60 Jahre) zu finden waren. Während viele Wähler*innen einen deutschen kulturellen Hintergrund haben (deutsch), waren 11 von 19 Nichtwähler*innen in einem nicht-deutschen kulturellen Hintergrund sozialisiert. Alle weiteren Merkmale, die für unterschiedliche Positionen von Wähler*innen und Nichtwähler*innen ursächlich waren, spiegelten die unterschiedlichen politischen Einstellungen, Präferenzen und Weltansichten der beiden Gruppen wider (**Wähler*innen:** PREF_pprog; PREF_ctact / **Nichtwähler*innen:** PREF_innet).

Diagramm 9 zeigt aber auch, dass Nichtwähler*innen und Wähler*innen zwei in Bezug auf ihre individuellen Merkmale unterschiedlich homogene Gruppen darstellen. Grundsätzlich gilt, dass je näher die zu den beiden Gruppen (Wähler*innen und Nichtwähler*innen) zuzuordnenden Individuen zueinanderstehen und je mehr Abstand sie zu den Mitgliedern der anderen Gruppe haben, desto höher die interne Homogenität der jeweiligen Gruppe in Bezug auf ihre „typischen“ Merkmale ist. Diagramm 9 verdeutlicht, dass zumindest in soziodemografischer Hinsicht die Gruppe der Wähler*innen (blaue Punkte) deutlich homogener ist als die Gruppe der Nichtwähler*innen (rosa Punkte).

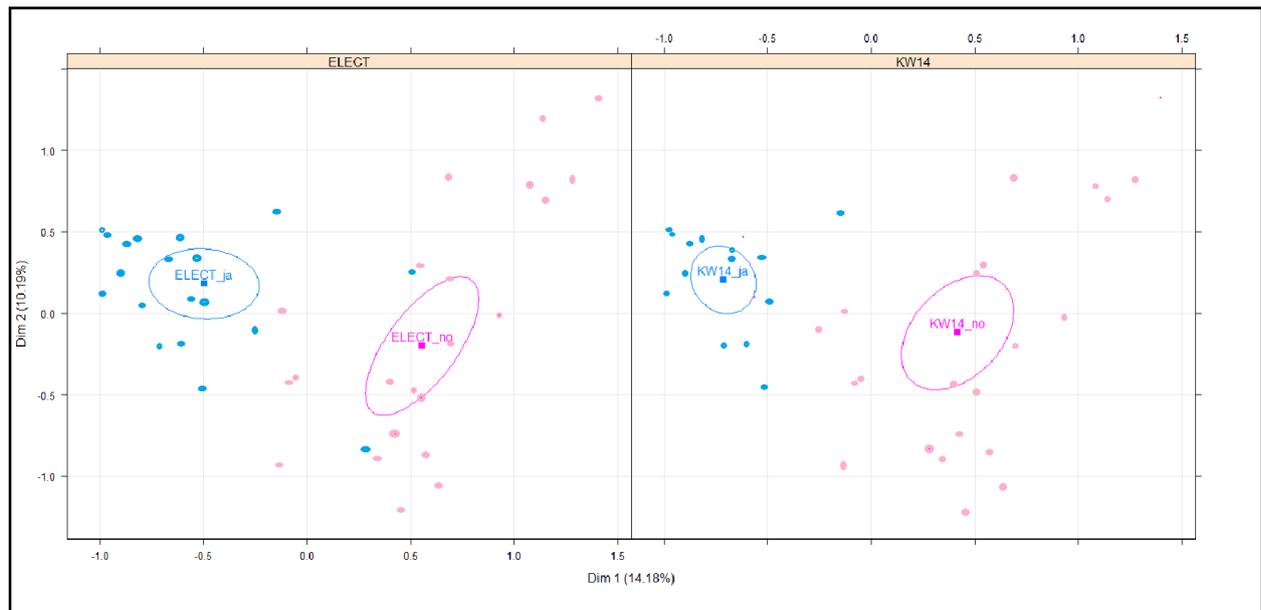


Diagramm 10: Gruppenbezogene Homogenität von Wähler*innen und Nichtwähler*innen (soziodemografische Variablen)

Schäfer (2015: 108) betont, dass die rein demografischen Merkmale eine relativ geringe Rolle für das Wahlverhalten spielen. Entscheidend für die politische Enthaltung seien stattdessen das Bildungsniveau und das Einkommen: „Berechnet man die Wahrscheinlichkeit zu wählen für Befragte aus dem unteren und aus dem oberen Einkommensfünftel, liegen 8 Prozentpunkte zwischen ihnen – selbst wenn unterstellt wird, sie unterschieden sich sonst nicht“ (Schäfer 2015: 108). Auch eine frühere empirische Studie von Campbell et al. (1954: 109) fand heraus, „dass mit steigendem Einkommen die Akzeptanz ‚staatsbürgerlicher Pflichten‘ zunimmt, wie etwa die gefühlte Pflicht, wählen zu müssen“. In Hinblick auf diese Forschungsergebnisse haben wir in einem zweiten Schritt untersucht, wie stark bestimmte „sozioökonomische“ Merkmale mit den jeweiligen politischen Einstellungen und Weltansichten von Wähler*innen und Nichtwähler*innen korrelieren.



Diagramm 11: Grad an Homogenität von Wähler*innen und Nichtwähler*innen (sozioökonomische Variablen)

Unsere Analyse der sozioökonomischen Merkmale macht deutlich, dass die Gruppe der Wähler*innen im Vergleich zu der Gruppe der Nichtwähler*innen eine deutlich höhere Heterogenität aufweist. Zusätzlich zu den bereits beschriebenen Unterschieden in politischen Einstellungen und Weltansichten (*siehe Tabelle 2*), finden sich weitere Unterschiede zwischen den beiden Gruppen vor allem in Hinblick auf ihr Nettoeinkommen (n) und ihr disponibles Einkommen (d). Typische Merkmale für die Nichtwähler*innen in unserer Studie sind ein niedriges disponibles Einkommen (d250), kein disponibles Einkommen (d0), kein Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit (n0) und ein relativ niedriges Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit (n1000). Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass unter den Wähler*innen viele Besitzer*innen von Eigentumswohnungen (Wewn) und Eigentümern (Wehas) anzutreffen sind, während sämtliche Nichtwähler*innen in einer Mietwohnung (Wmit) oder in einem Mietshaus (Wmihs) wohnen. Diagramm 12 hebt auch die bereits oben angeführten Unterschiede des Bildungshintergrundes, des Erwerbsstatus und des Grades an sozialer Integration hervor.

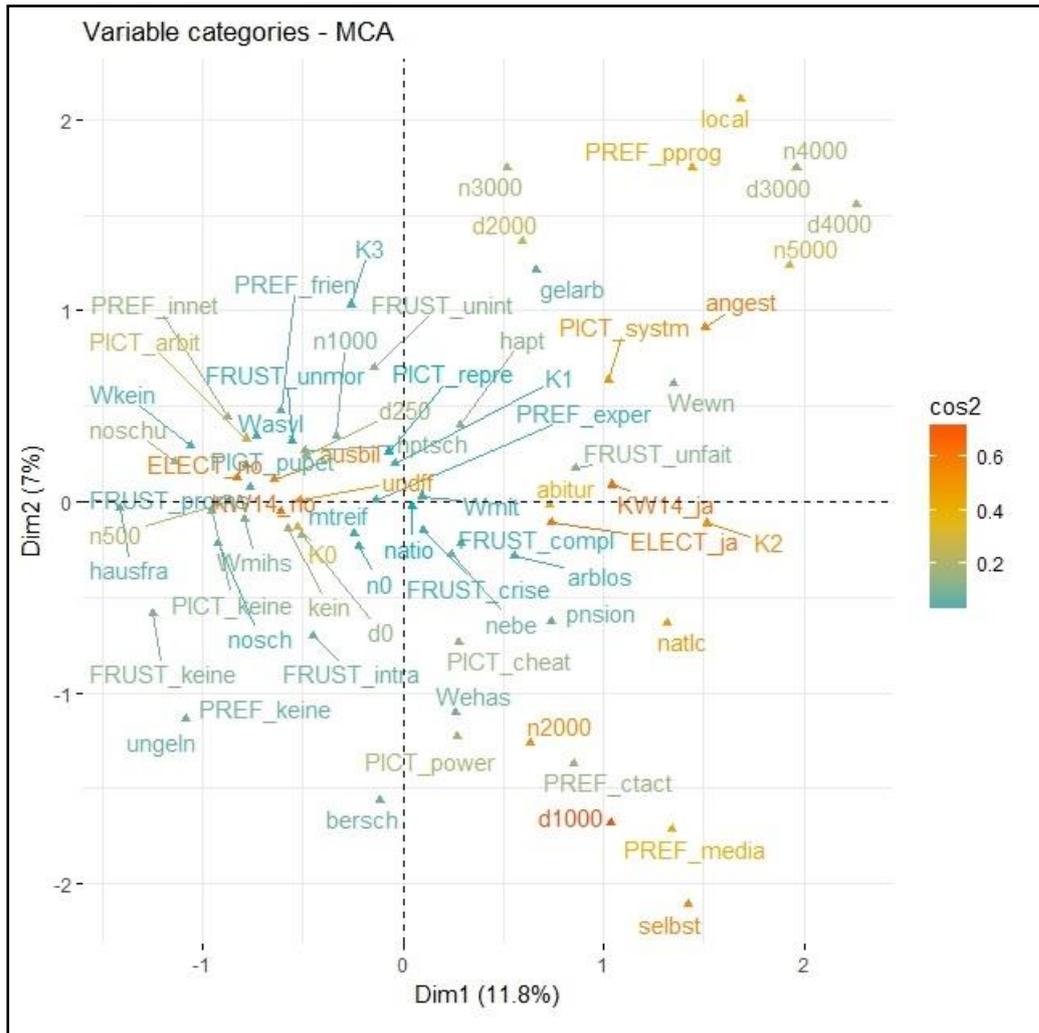


Diagramm 12: Sozioökonomische Merkmale von Wähler*innen und Nichtwähler*innen

Diagramm 12 zeigt den relativen Beitrag (\cos^2 : 0.1 - 0.70), den die einzelnen Merkmale zu der Unterscheidung zwischen der Wähler*innen- und Nichtwähler*innen-Gruppe leisten. Die relative Gewichtung der einzelnen Merkmale zeigt, dass die unterschiedlichen Ausprägungen in den Variablen für politisches Verhalten (ELECT, KW14) und den Variablen für politische Einstellungen und Weltansichten (PREF, FRUST, PICT, LEVEL) am stärksten mit den unterschiedlichen Ausprägungen der sozioökonomischen Variablen für Nettoeinkommen (n), disponibles Einkommen (d), für den höchsten Bildungsabschluss (BILD1), Erwerbstätigkeit) und für Erwerbsstellung (EWBSTELL) korrelieren. Ein/e typische/r Nichtwähler*in in unserem Sample ist eine Person mit niedrigem Nettoeinkommen (n0, n500, n1000), geringem disponiblen Einkommen (d0, d250), der/die außerdem einen niedrigen (hptsch, mtreif) oder gar keinen Bildungsabschluss (kein) hat, der/die sich in Ausbildung oder in einer Weiterbildungsmaßnahme befindet (ausbil), und der/die geringes gesellschaftliches Engagement (K0) aufweist. Diese sozioökonomischen Merkmale korrelieren mit einigen typischen Merkmalen für politische Einstellungen. *Zum einen* haben alle Nichtwähler*innen in unserem Sample ein undifferenziertes Bild des politischen Systems (undiff). *Zum anderen* haben sie ein grundlegend negatives und abwertendes Bild von

den politischen Akteur*innen, indem sie diesen willkürliches Verhalten attestieren (P ICT_arbit). Im Gegensatz zu den Nichtwähler*innen glauben viele Wähler*innen, dass politisches Handeln äußeren Zwängen (P ICT_syst) unterworfen ist. Typisch für Nichtwähler*innen ist auch, dass ihre Meinungsbildung über Politik hauptsächlich auf der Grundlage von subjektiven Erfahrungen (P REF_exper) oder in Bezug auf diffuse Erkenntnisse aus dem Internet (P REF_innet) erfolgt, während die von uns untersuchten Wähler*innen ihre Meinung über Politik auf das Konsultieren von parteipolitischen Kommunikationen und Dokumenten (P REF_pprog) oder auf direkte Begegnungen mit politischen Akteur*innen (P REF_ctact) gründen.

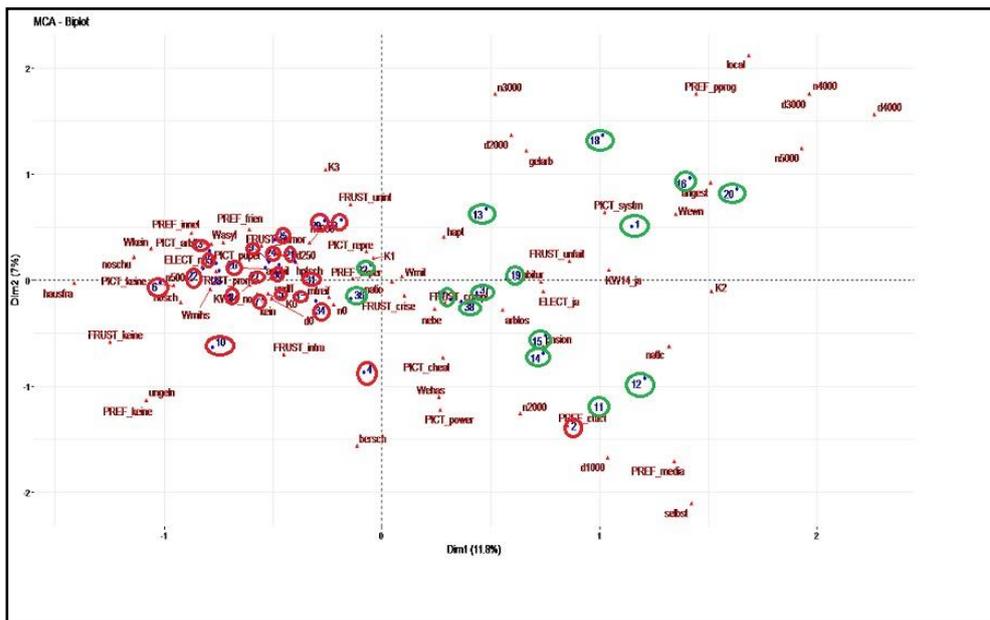


Diagramm 13: Relative gruppenbezogene Heterogenität/Homogenität von Nichtwähler*innen und Wähler*innen (sozioökonomische Variablen)

Diagramm 13 verdeutlicht nochmals die eindeutige Korrelation zwischen dem politischen Verhalten (ELECT_JA/NEIN, KW14_JA/NEIN), den politischen Einstellungen und Weltansichten und den gruppenspezifischen sozioökonomischen Merkmalen der Wähler*innen (grüne Kreise) und Nichtwähler*innen (rote Kreise). Zumindest unser Sample zeigt, dass diese Korrelation deutlich stärker die Gruppe der Nichtwähler*innen betrifft. Das Diagramm bestätigt auch die bereits oben angeführte Annahme, dass sich die Gruppen der Nichtwähler*innen und Wähler*innen in Bezug auf ihre typischen Merkmale deutlich voneinander unterscheiden, und dass Nichtwähler*innen im Vergleich zu den Wähler*innen eine relativ homogene Gruppe darstellen.

6. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Die vorgelegte Studie nahm ihren Ausgangspunkt bei der Beobachtung sinkender Wahlbeteiligungen in der Landeshauptstadt München. Eine niedrige Wahlbeteiligung schadet der Demokratie (Schäfer 2015). „Je weniger die Politik [...] glaubhaft versprechen kann, Chancengleichheit und Gerechtigkeit herzustellen“, so Armin Schäfer, „desto mehr sind die Verlierer überzeugt, dass politisches Engagement für sie nicht lohnt“ (Schäfer 2015, S. 239). Das führt zum einen zu einer Legitimationskrise der demokratischen Vertretungsansprüche und zum anderen zu einem dauerhaft asymmetrischen politischen Handeln, denn Politik läuft damit Gefahr, sich weiterhin nur an den Interessen derjenigen zu orientieren, von denen eine Wahlteilnahme erwartbar ist.

Ungeachtet des Aufstiegs neuer und unkonventioneller politischer Beteiligungsformen – wie etwa Bürgerinitiativen oder Online-Petitionen – so bleibt Wählen weiterhin die am weitesten verbreitete Form politischer Partizipation. Bürger*innen demokratischer Gesellschaften beschränken ihre politischen Aktivitäten – trotz einer enormen Erweiterung des Repertoires der Partizipationsformen – hauptsächlich auf den regelmäßigen Gang zur Wahlurne und das Unterschreiben von Petitionen (van Deth 2009, S. 149). Indessen wird für alle politischen Beteiligungsformen darauf hingewiesen, dass die individuelle Ressourcenausstattung – insbesondere Schulbildung, Einkommen, soziale Netzwerke – maßgeblich die Partizipationsbereitschaft beeinflusst (van Deth 2009, S. 153; Verba et al. 1995; Brady et al. 1995). Für Deutschland wurde schon seit den 1990er Jahren eine wachsende Kluft zwischen unterschiedlichen Bildungs- und Berufsgruppen im Hinblick auf die Wahlteilnahme festgestellt (Falter und Schumann 1994; Eilfort 1994; Abendschön und Roßteutscher 2016, S. 70). Die Zunahme der sozialen Selektivität bei der Beteiligung an politischen Prozessen wird auch in neueren Befunden bestätigt (Petersen et al. 2013; Vehrkamp 2015; Schäfer 2011, 2013). Die Motivation und Fähigkeit zur politischen Beteiligung, so die zentralen soziologischen Einsichten, hängen zentral von der Verfügung über bestimmte Ressourcen ab – in erster Linie Zeit, Geld und sogenannte „civic skills“. Letztere bezeichnen „those communications and organizational capacities that are essential for political activity“ (Brady et al. 1995, S. 271). Es ist bekannt, dass diese civic skills nicht nur einer früh einsetzenden politischen Sozialisation zuzurechnen sind, sondern insbesondere auch dem individuellen Eingebundensein in nicht-politische Lebenswelten über den gesamten Lebensverlauf hinweg – etwa durch (die Empfindung der) Zugehörigkeit zum Arbeitsplatz, zu Organisationen oder religiösen Institutionen.

Damit ist der enge Zusammenhang von politischer Ungleichheit und sozialer Ungleichheit eingeführt. Grundsätzlich herrscht in der Forschung Konsens darüber, dass sich nicht die Unzufriedenen oder sozial Benachteiligten, die vermeintlich den größten Anlass hätten, auf ihre persönlichen Lebenslagen politisch einzuwirken, politisch engagieren, sondern die ressourcenstarken Milieus (van Deth 2009, S. 154). Auch

hierzulande wurde vielfach festgestellt, dass bildungs- und einkommensstarke Bevölkerungsschichten am häufigsten politisch partizipieren (Uehlinger 1988; van Deth 2009; Böhnke 2011; Geißel 2012; Bödeker 2012; Petersen et al. 2013). Es wird konstatiert, dass politische Beteiligung, zivilgesellschaftliches Engagement und politisches Interesse von sozio-ökonomischen Ressourcen abhängen, sodass soziale Ungleichheit als Schlüssel identifizierbar wird für ein Verständnis des Problems der ungleichen Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation (Böhnke 2011).

Die Ergebnisse unserer Studie bestätigten diese Befunde auch für den Fall München. Es war erkennbar, dass ein niedriges Haushaltseinkommen und vor allem ein relativ niedriger Bildungsstand unter Nichtwähler*innen überrepräsentiert sind. Damit bewegen sich unsere Erkenntnisse auf einer Linie mit dem bisherigen Kenntnisstand zu Nichtwähler*innen. Das Ziel unserer Studie bestand indessen darin, die dispositionalen Strukturen zu beschreiben, die die Übersetzung der makrostrukturellen Befunde in die konkreten Handlungsentscheidungen – etwa Nichtwählen – verstehbar machen. Im Mittelpunkt stand hier die Erkenntnis, dass die Entwicklung eines differenzierten Bildes von Politik entscheidend dafür ist, ob politische Partizipation wahrscheinlich wird oder nicht. Es hat sich gezeigt, dass hochgradig personalisierte Vorstellungen von Politik – d.h. die individuelle Zurechnung politischer Vorgänge – und die damit häufig einhergehende Unterstellung unlauterer und machtorientierter Motivationen dazu führt, dass Politik konkret an Relevanz für die einzelnen Subjekte verliert. Es fiel dabei besonders auf, dass dieses Wahrnehmungsmuster zugleich mit einer mangelnden Sensibilität für die Handlungs- und Gestaltungskompetenzen der Politik auf kommunaler Ebene einhergeht. Dieser Befund scheint die makrostrukturelle Beobachtung widerzuspiegeln, wonach die Wahlbeteiligung in München auf kommunaler Ebene zwischen 1990 und 2014 signifikant gesunken ist.

Für die lokalpolitische Ebene lassen sich daraus einige Schlussfolgerungen ziehen. Will man einer weiter sinkenden Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene entgegenwirken, so gilt es den Bürger*innen deutlich zu machen, über welche Zuständigkeitsbereiche und Handlungskompetenzen die städtische Politik verfügt. Diese Bemühungen gilt es dort zu konzentrieren, wo die sozioökonomische Deprivation relativ betrachtet höher ausfällt. Es konnte gezeigt werden, dass sich die Wahlenthaltungen soziostrukturell und sozial-räumlich unterschiedlich verteilen. Dies gilt es zu berücksichtigen, will man politische Bildungsangebote und die kommunalpolitische Ansprache nicht erneut nur bei den ohnehin Wählenden effektiv gestalten. Dies bedeutet beispielsweise auch, dass etwa vom Versenden von Informationsbriefen an die Haushalte jener Stadtviertel mit ausgewiesen niedriger Wahlbeteiligung im Vorfeld einer anstehenden Kommunalwahl schwerlich eine Wähler*innenmobilisierung zu erwarten wäre. Unsere Ergebnisse legen die Annahme nahe, dass es langfristiger Investitionen in die politische Wirksamkeitsüberzeugung der kommunalpolitischen Beteiligung der Bürger*innen bedarf.

Der Stadt München sollte daran gelegen sein, beispielsweise Fragen des öffentlichen Nahverkehrs oder der sich verschärfenden Mietpreis-Situation als lokalpolitischen Handlungsbereich zu plausibilisieren, will sie die politische Mobilisierung nicht einer populistisch-moralisierenden Politik überlassen, die national-politische Lösungen suggeriert. Die steigende Wahlbeteiligung und der deutliche Wahlerfolg der AfD auch in weiten Teilen Bayerns machen deutlich, dass es sich hier bereits um einen realpolitischen Prozess handelt. Der München-weit höchste Anstieg der Wahlbeteiligung ist für den Stadtteil Feldmoching-Hasenberg zu verzeichnen. Dort nahm bei der Bundestagswahl 2017 die Wahlbeteiligung von 63,6% (2013) auf 71,8% (2017) zu. Dieser Anstieg von 8,2% geht einher mit einem prozentualen Stimmengewinn von 8,1% der Zweitstimmen für die Alternative für Deutschland. Der AfD gelingt also eine auffällige Mobilisierung von ehemaligen Nichtwähler*innen. Unsere Studienergebnisse legen die Annahme nahe, dass diese Entwicklung damit zusammenhängt, dass die AfD eine Politik forciert, die sich insbesondere anschlussfähig für ein undifferenziertes Bild von Politik erweist. Diese Ergebnisse gewinnen an einiger Brisanz, zieht man zusätzlich in Betracht, dass unter Nichtwähler*innen durchgehend hohe Zustimmungswerte zu Dimensionen extrem rechten Denkens festgestellt wurden (Decker et al. 2016).

Gerade vor diesem Hintergrund sollte die städtische Politik ihre Aufgabe ableiten, die Relevanz politischen Entscheidens insbesondere auch auf kommunaler Ebene für all jene zu plausibilisieren, die politische Prozesse nicht in Verbindung mit ihren individuellen Lebenssituationen bringen. Eine langfristig angelegte Bildungsarbeit setzt sich damit nicht nur demokratisch-politische Inklusion als Horizont, sondern sie wird auch zukünftig die demokratische Legitimation der Kommunalpolitik betreffen.

Literaturverzeichnis

- Abendschön, Simone; Roßteutscher, Sigrid (2016): Wahlbeteiligung junger Erwachsener – Steigt die soziale und politische Ungleichheit? In: Sigrid Roßteutscher, Thorsten Faas und Ulrich Rosar (Hg.): *Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit*. Wiesbaden: Springer, S. 67–91.
- Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Otto Brenner Stiftung. Frankfurt am Main (OBS-Arbeitspapier, 1).
- Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1-2), S. 18–25.
- Bohnsack, Ralf (2010): Rekonstruktive Sozialforschung: Einführung in qualitative Methoden. 8. Aufl. Opladen: Barbara Budrich, S.105–128.
- Brady, Henry E.; Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman (1995): Beyond SES. A Resource Model of Political Participation. In: *American Political Science Review* 89 (2), S. 271–294.
- Brähler, Elmar; Kiess, Johannes; Decker, Oliver (2016): Politische Einstellungen und Parteipräferenz. Die Wähler/innen, Unentschiedene und Nichtwähler 2016. In: Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (Hg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland/Die Leipziger Mitte-Studie 2016*. Unter Mitarbeit von Elmar Brähler, Anna Brausam, Oliver Decker, Eva Eggers, Jörg M. Fegert, Alexander Häusler et al. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 67–94.
- Campbell, Angus; Gurin, Gerald; Miller, Warren E. (1954): *The Voter Decides*. Evanston, IL: Row, Peterson and Company.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (Hg.) (2016): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland/Die Leipziger Mitte-Studie 2016*. Unter Mitarbeit von Elmar Brähler, Anna Brausam, Oliver Decker, Eva Eggers, Jörg M. Fegert, Alexander Häusler et al. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Eilfort, Michael (1994): *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*. Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 1993. Paderborn, Wien u.a.: Schöningh (Studien zur Politik, 24).
- Falter, Jürgen W.; Schumann, Siegfried (1994): Der Nichtwähler — das unbekanntes Wesen. In: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 161–213.
- Fröhlich, Werner; Ganser, Christian; Köhler, Eva (2016): *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München. Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München*. Institut für Soziologie LMU München. München. Online verfügbar unter http://www.ls4.soziologie.uni-muenchen.de/aktuelle_forschung/einstellungen2016/forschungsbericht_gmf_2016_mu.c.pdf, zuletzt geprüft am 06.10.2017.
- Geißel, Brigitte (2012): Politische (Un-)Gleichheit und die Versprechen der Demokratie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (38-39), S. 32–37.

- Kluge, Susann (2000). Empirically grounded construction of types and typologies in qualitative social research. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 1(1), Art. 14, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001145> zuletzt geprüft am 06.10.2017.
- Lebaron, Frederic (2012): Grundzüge einer geometrischen Formalisierung des Feldkonzeptes. In S. Bernhard/C. Schmidt-Wellenburg (Eds.), *Feldanalyse als Forschungsprogramm 1: Der programmatische Kern*. Wiesbaden: VS Verlag: 123-150.
- Le Roux, Brigitte; Rouanet, Henry (2010): *Multiple Correspondence Analysis*. London: Sage.
- Niedermayer, Oskar (2017): Mitgliederentwicklung der Parteien. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/138672/mitgliederentwicklung-cdu-und-spd>, zuletzt geprüft am 10.10.2017.
- Münkler, Herfried (1997): Der kompetente Bürger. In Klein, Ansgar & Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos. S.153-172.
- Petersen, Thomas; Hierlemann, Dominik; Vehrkamp, Robert B.; Wratil, Christopher (2013): *Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013*. Hg. v. Bertelsmann Stiftung.
- Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika, 2014: *Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch*. 4. erw. Aufl. München: Oldenburg Verlag München.
- Rosenthal, Gabriele (2015): *Interpretative Sozialforschung: Eine Einführung*. 5. Aufl. Weinheim: Beltz/Juventa.
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* 4 (1), S. 131–156.
- Schäfer, Armin (2011): Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger. Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie? In: Evelyn Bytsek (Hg.): *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt am Main u.a.: Campus, S. 133–154.
- Schäfer, Armin (2013): Wahlbeteiligung und Nichtwähler. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48 (48-49), S. 39–46.
- Schäfer, Armin (2015): *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schäfer, Armin; Vehrkamp, Robert B.; Gagné, Jérémie F. (2013): *Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*. Hg. v. Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.
- Schirmer, Dominique (2009): *Empirische Methoden der Sozialforschung: Grundlagen und Techniken*. München: Wilhelm Fink.
- Uehlinger, Hans-Martin (1988): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle*. Wiesbaden: VS Verlag.

van Deth, Jan W. (2009): Politische Partizipation. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 141–161.

Vehrkamp, Robert B. (2015): Gespaltene Demokratie. Neue Schätzungen zur Wahlbeteiligung sozialer Milieus bei der Bundestagswahl 2013. In: *WZB-Mitteilungen* (149), S. 44–47.

Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman; Brady, Henry E. (1995): *Voice and equality. Civic voluntarism in American politics*. Cambridge Mass. u.a.: Harvard Univ. Press.

Anhang: Analysekategorien und -kodes

ANALYSEKATEGORIE	KODES	AUSPRÄGUNGEN
Geschlecht	M F	MANN FRAU
Alter	A	1620 = 16-20 Jahre 2130 = 21-30 Jahre 3140 = 31-40 [...]
Kultureller Hintergrund	NATIO	DEUTSCH = In Deutschland geboren und beide Elternteil deutscher Herkunft. Besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft. FOREIGN = Außerhalb von Deutschland geboren und/oder eines oder beide Elternteil außerhalb von Deutschland geboren.
Erster Bildungsabschluss	Bild1	noschu = kein Bildungsabschluss Hptsch = Hauptschulabschluss Mtreif = mittlere Reife Bersch = Berufsschulabschluss abitur = Abitur
Höchster Bildungsabschluss	Bild2	Kein = kein Bildungsabschluss Hsfs = Hochschule/Fachhochschule Befs = Berufsschule Lehr = Lehre Ausb = (noch) in Ausbildung
Erwerbstätigkeit	EWBTAT	Kein = aktuell nicht erwerbstätig nebe = nebenbei erwerbstätig teil = in Teilzeitbeschäftigung hapt = hauptberuflich erwerbstätig
Erwerbsstellung	EWBSTELL	Angest = Angestellt Selbst = Selbstständig Ausbil = in Ausbildung Hausfra = Hausfrau Ungel = ungelernte*r Arbeiter*in Gelarb = gelernte*r Arbeiter*in Pnsion = in Ruhestand Arblos = Arbeitslos
Nettoeinkommen	n	n0 = kein Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit n250 = Nettoeinkommen bis 250 Euro aus Erwerbstätigkeit n1000 = Nettoeinkommen von 251 bis 1000 Euro aus Erwerbstätigkeit [...]
Disponibles Einkommen	d	Definiert als Nettoeinkommen (-) Miete/Wohnkosten d0 = kein disponibles Einkommen d250 = ein disponibles Einkommen bis 250 Euro [...]
Wohnen	W	Die Person ist wohnhaft in: Kein = obdachlos/ohne reguläre Unterkunft Wmit = Mietwohnung Wmihs = Mietshaus Wehas = Eigentumshaus Wewn = Eigentumswohnung
Kapital	K	Definiert als Anzahl von ehrenamtlichen Tätigkeiten in sozialen, politischen und kulturellen Vereinen und Organisationen. K0 = keine ehrenamtlichen Tätigkeiten angegeben K1 = eine ehrenamtliche Tätigkeit angegeben [...]
Religion	R	Definiert als angegebene Zugehörigkeit zu einer bestimmten Glaubensrichtung. Rnoo = Atheist*in / kein Bekenntnis zu einer Glaubensrichtung Rort = orthodoxe*r Christ*in Risl = Muslim*a Revn = protestantische*r Christ*in Rkat = katholische*r Christ*
Einstellung zum Wählen	ELECT	Grundsätzliche Bereitschaft zur Partizipation an Wahlen JA = Grundsätzlich bereit wählen zu gehen. Sieht die Bedeutung von politischer Partizipation ein. NEIN = Keine Bereitschaft wählen zu gehen. Sieht die Bedeutung von politischer Partizipation nicht ein.

Teilnahme an Kommunalwahlen im Jahr 2014	<i>KW14</i>	JA = Hat an Kommunalwahlen im Jahr 2014 teilgenommen NEIN = Hat nicht an Kommunalwahlen im Jahr 2014 teilgenommen
Grund für Unzufriedenheit mit Politik	<i>FRUST</i>	KEIN = Keine offensichtliche Unzufriedenheit mit Politik CRISE = Politische Bewältigung von gesellschaftlichen Krisen INTRA = Intransparenz von politischer Entscheidungsfindung UNINT = mangelndes Interesse von politischen Akteur*innen an Problemen und Sorgen der Bevölkerung COMPL = Unübersichtlichkeit von Politik UNFAIT = Nichteinhaltung von (traditionellen) parteipolitischen Positionen UNMOR = Unmoralisches Verhalten in der Politik PROMS = Nichteinhaltung von Wahlversprechen
Meinungsbildung über Politik	<i>PREF</i>	Auf welche Quellen von Wissen beruhen die Vorstellungen und Meinungen über die Politik: KEIN = keine Quelle angegeben EXPER = eigene Erfahrungen CTACT = Direktkontakt mit politischen Akteur*innen MEDIA = Massenmedial verbreitete Infos (TV, Zeitungen, etc.) PPROG = Parteiprogramme und Direktinformationen aus der Politik INNET = Internet FRIEN = Freunde und Bekannte
Bild des politischen Systems	<i>LEVEL</i>	Welcher politischen Handlungsebene wird die höchste Bedeutung und Priorität attestiert: UNDIFF = Ein undifferenziertes Bild von dem politischen System. Keine Unterscheidung zwischen verschiedenen Ebenen. Politik ist ein kohärentes Phänomen, das überall gleich ist. NATLC = Nationale und lokale Ebenen werden unterschieden und beiden wird die gleiche Wichtigkeit zugeschrieben. NATIO = Die nationale Ebene (Bundestag, Bundesregierung, Bundestagswahlen) wird für die wichtigste politische Ebene gehalten. LOCAL = Die lokale Ebene (Stadtrat, Kommunalwahlen, etc.) wird für die wichtigste politische Ebene gehalten.
Bild von politischen Akteur*innen	<i>PICT</i>	Welches Bild haben Menschen von den politischen Akteur*innen KEIN = kein konkretes Bild SYSTEM = politische Akteur*innen handeln unter extern bestimmten Systemzwängen die ihre Handlungsmöglichkeiten einschränken ARBIT = politische Akteur*innen handeln willkürlich nach ihrem Belieben CHEAT = politische Akteur*innen handeln betrügerisch und führen die Wähler*innen hinter das Licht POWER = politische Akteur*innen sind machtbesessen und interessieren sich hauptsächlich für die Vermehrung ihrer Macht PUPET = Politische Akteur*innen sind Marionetten, die gemäß fremder Interessen handeln REPRE = Politische Akteur*innen vertreten die Interessen der Bevölkerung